

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpflanzige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Rellameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbetben. — Offerentgeßt 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleitkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 244

Bromberg, Dienstag den 24. Oktober 1933

57. Jahrg.

Die Brest-Gefangenen im Ausland?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Tschechische Zeitungen, darunter das sozialistische Organ „Pravo Ludu“ verbreiten die Meldung, daß der polnische Bauernführer und ehemalige Abgeordnete Witos (vor dem Mai-Umsturz mehrfach Ministerpräsident) zusammen mit anderen hervorragenden Führern der Polnischen Volkspartei in den nächsten Tagen in Prag eintreffen soll, um auf dem Gebiet der Tschechoslowakei eine politische Aktion einzuleiten. Einer Mitteilung des Korrespondenten der Telegraphen-Agentur „Expreß“ zufolge beabsichtigt Witos in Prag eine Zeitung herauszugeben, in der er seinen politischen Standpunkt verteidigen wird. Gegenwärtig weilt Witos als Gast eines tschechischen politischen Freundes in Mähren. Schon als Ministerpräsident hatte Witos nähere Beziehungen zu einer Reihe prominenter Persönlichkeiten in der Partei der tschechischen Agrarier unterhalten.

Der polnische Rundfunk verbreitet im Zusammenhang damit die Meldung, daß sich in Begleitung des Abgeordneten Witos die Abgeordneten Kiermit, Bagiński und Pułek befinden. Sie alle sind nach der Tschechoslowakei abgereist. Es ist bis jetzt nicht bekannt, wo sich der sozialistische Abg. Lieberman aufhält. Gerüchten zufolge sollen sich Lieberman und Pragier in Frankreich aufhalten. Von den im Brest-Prozeß Verurteilten sind nur Dubois und Barlicki, beide von der Polnischen Sozialistischen Partei, im Lande geblieben.

Eine amtliche Bestätigung dieser Nachrichten und Gerüchte steht noch aus. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie sich nicht als ganz zutreffend erweisen werden. Aus Anlaß dieser Meldungen und Gerüchte ist nur eine beschränkte Anzahl von Annahmen möglich. Wenn die genannten Politiker wirklich im Auslande weilen, so ist ihre Ausreise entweder mit Einwilligung der polnischen Behörden oder ohne diese erfolgt. Im ersten Falle konnte die Einwilligung an die Verpflichtung, sich zu einem gewissen Termin in Warschau zu stellen, gefügt sein und dann ist es beinahe sicher, daß die Brestgefängnen ihre Verpflichtung einlösen werden. Oder: die Bewilligung wurde bedingungslos erteilt, was einer stillschweigenden Umwandlung der Gefängnisstrafe in Landesverweisung gleichkäme.

Ist indessen die Ausreise gesetzwidrig erfolgt, so handelt es sich um eine Flucht aus Polen, und die genannten Politiker sind in einem solchen Falle politische Flüchtlinge, die sich offenbar entschlossen haben, Polen so lange nicht wiederzusehen, so lange das von ihnen bekämpfte Regime besteht.

In letzterem Falle würde sich die interessante juristische und zugleich politische Frage ergeben, ob das eventuell von der Polnischen Regierung gestellte Verlangen nach Auslieferung der Flüchtlinge von den Regierungen der betreffenden Staaten erfüllt zu werden, Aussichten hätte. Diese vorderhand nur akademische Frage ist nicht leicht ohne weiteres positiv zu beantworten. Man kann sich schon heute die bedenklichen Verwicklungen vorstellen, die ein solches Auslieferungsverlangen den französischen Behörden verursachen würde. Erst recht müssen die Schwierigkeiten unübersteigbar erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von Warschau an die Prager Regierung das Erfuchen um Auslieferung von Witos und seinen Gefährten gestellt würde.

Übrigens ist diese Eventualität geradezu unvorstellbar. Die Tschechoslowakei treibt in Hinsicht der Behandlung der politischen Emigration aus den Nachbarstaaten eine zielbewußte Politik. Diese Politik war seinerzeit Gegenstand sehr heftiger Diskussionen zwischen den polnischen und tschechischen Politikern, und zwar aus Anlaß der von den Tschechen der ukrainischen Irredenta gewährten Gastfreundschaft, welche Polen damals durch die Protektion entgangen, deren sich ungarnfreudliche und unabhängig gefühlte Slowaken in Polen erfreuten. Diese Wunden sind noch nicht ganz verheilt.

Im jetzigen Augenblick ist jedoch die Tatsache von viel größerer Bedeutung, daß von den zwei Strömungen in Hinsicht der Politik gegenüber der Tschechoslowakei: der Strömung auf Prag zu (der entschiedenen tschechophilen Strömung) und derjenigen an Prag vorbei (mit der Tendenz, die Überlegenheit Warschaus über Prag gegenüber zu betonen und sich mit diesem in keine Kompagnongeschäfte, als Vasall mit Vasall, einzulassen), die letztere Strömung in Warschau vorherrscht.

Es liegt im Wesen dieser Richtung, daß Polen durch seine Bindungen mit Rumänien auf diesen Bestandteil der kleinen Entente eine zentrifugale Wirkung ausübt und schon dadurch die Einflussphäre von Masaryk und Benesch vermindert. Polen röhrt auch nicht einen Finger zur Unterstützung der Donaupläne von Prag. Das ist die seit langem eingearbeitete konsequente Richtung der Politik aller Pilsudski-Regierungen. Aber die bereits erwähnte andere Strömung, die aus anderen Traditionen gespeist ist und eine tschechophile Färbung aufweist, hat ebenfalls eine treue Anhängerhaft in Polen: heute gehört zu ihr die gesamte Opposition, sowohl die von links, als auch die von rechts, wenn auch nicht aus völlig übereinstimmenden Gründen.

Von den früheren Bauernparteien war der „Platz“ in seinen außenpolitischen Orientierungen stets tschechophil eingestellt. In dieser Hinsicht arbeitete Witos sehr energisch zur Zeit seiner Allianz mit der Endecja, und seine damaligen Bemühungen sind sicher in den diplomatischen Annalen der Prager Regierung rühmlich verzeichnet. Witos kann also auf die herzliche Gastfreundschaft rechnen, die er sich in den Augen der Tschechen redlich verdient hat. Außerdem repräsentiert er immerhin eine Zukunftshoffnung...

Wenn Witos sich wirklich in Prag niederlassen und dort eine politische Wirklichkeit entfalten sollte, wird diese nicht nur eine Chance sein, sondern auch — eine Schanze ausbauen, welche auf der Debettseite der jetzigen Regierung in Polen sich noch auswirken kann. Und daß Prag davon nur profitieren wird, ist selbstverständlich.

Schüsse im sowjetrussischen Konsulat in Lemberg.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Sonnabend, dem 21. d. M., um 11 Uhr vormittags hat ein Mitglied der ukrainischen nationalen Organisation (OUN) in dem Gebäude des sowjetrussischen Konsulats in Lemberg ein Revolverattentat auf die Beamten des Konsulats ausgeführt, wobei ein Konsulatsdiener den Tod erlitt und ein zweiter Konsulatsbeamter verletzt wurde. Den Verlauf des Attentats schildert die amtliche Polnische Telegraphenagentur wie folgt:

Im Konsulat sprach ein Mann vor und verlangte, vom Konsul empfangen zu werden. Nachdem er 15 Minuten lang im Vorraum gewartet hatte, wurde er in das Zimmer

des Leiters der Konsulatskanzlei hineingelassen, wo sich der Konsulatsdiener Aleksander Majlow aufhielt. Majlow befragte den Attentäter nach dem Zweck der von diesem nachgesuchten Audienz. In diesem Augenblick zog der Mann einen Revolver hervor und feuerte auf Majlow zwei Schüsse ab. Dieser brach tot zusammen. Als darauf aus dem benachbarten Zimmer ein anderer Beamter des Konsulats, Iwan Dzuga, herbeilief, schoß der Attentäter auch auf ihn und verletzte ihn an beiden Händen. Der Attentäter gab ferner auf den Dorthüter Gabriel Mandzi Schüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Dieser flüchtete aus dem Zimmer und verbarg sich im Keller.

Der während dieser Zeit auf dem oberen Stockwerk in seinem Arbeitszimmer weilende Vizekonsul rief durch das Fenster den vor dem Konsulat auf Posten stehenden Polizisten herbei. Der Polizist konnte jedoch in das Gebäude nicht gelangen, weil das Tor von innen geschlossen war und die Parterresfenster vergittert waren. Sofort wurde die Polizei alarmiert. Ein Polizeioffizier und ein Polizist drangen durch ein Fenster des ersten Stockwerks in das Gebäude. In der Vorhalle stießen sie auf den Attentäter, der auf den Ruf: „Polizei, Hände hoch!“ die Waffe ausließerte, seinen Namen angab und erklärte, daß er Mitglied der nationalen ukrainischen Organisation sei und das Attentat auf Befehl der Organisation ausgeführt habe.

Vorläufig wird der Name des Attentäters geheim gehalten. Aus den den Anschlag begleitenden Umständen kann geschlossen werden, daß der Anschlag gegen den sowjetrussischen Konsul geplant war. Sofort erschien im Konsulat der Burgstarost und ein Delegierter des Wojewodschaftsamtes, welche dem Konsul das Bedauern über den tragischen Vorfall ausdrückten.

Das Ereignis der Stunde:

Die russisch-amerikanische Verständigung

Moskau, 23. Oktober.

Unter dem Vorstoß Stalins fand eine gemeinsame Sitzung des Politbüros und der Sowjetregierung statt, in der Litwinow einen Bericht über den gesamten russisch-amerikanischen Fragenkomplex erstattete. In dieser Sitzung wurden folgende Hauptthemen für Litwinows Verhandlungen in Washington festgelegt:

1. Die Wiederaufnahme der russisch-amerikanischen Beziehungen; 2. die Einleitung von russisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen; 3. Abschließung eines Freundschaftsabkommen; 4. Klärung der russischen und amerikanischen Standpunkte zur Lage im Fernen Osten; 5. die Behandlung der russischen Kriegsschulden an Amerika und der russischen Forderungen im Zusammenhang mit der amerikanischen Intervention im Fernen Osten.

Außerdem soll noch die Frage des Abschlusses eines russisch-amerikanischen Nichtangriffsvertrages geklärt werden.

Litwinow bereits unterwegs!

Die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt an Moskau, einen Vertreter für Verhandlungen zu ernennen, um die letzten Hindernisse zu beseitigen, die der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und Amerika noch entgegenstehen, haben in Amerika großes Aufsehen erregt, besonders, weil Roosevelt diesen Schritt völlig selbstständig und ohne vorherige Unterrichtung des Staatsdepartements unternommen hat. Die Russen haben inzwischen zu ihrem Vertreter Litwinow ernannt, der bereits nach Washington abgereist ist. Ein Motiv zu dem Schritt Roosevelts dürfte die Stärkung Russlands gegenüber Japan sein, das mit seiner neuen Ostasienpolitik nicht nur die russischen, sondern auch die amerikanischen Interessen auf das stärkste berührt. Mit dem Austritt Deutschlands aus dem Bündnis hat die russisch-amerikanische Annäherung nichts zu tun. Sie war bereits vorher beschlossene Sache.

Die Sowjets sind befriedigt.

Die gesamte russische Presse beschäftigt sich am Sonnabend sehr ausführlich und selbstverständlich auch sehr befriedigt mit den russisch-amerikanischen Beziehungen. Die „Iswestija“ schreiben zu dem Schritt Roosevelts, daß die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten wie eine Bombe bei der jetzigen gespannten internationalen Lage wirken werde. Die beiden Länder würden sich in allen (?) politischen und wirtschaftlichen Fragen verstündigen, weil sie beide zusammengehören müßten, um den Frieden aufrechtzuerhalten (!). Die „Pravda“ meint, Roosevelt habe bemerkt, daß man nicht eine Politik mit einem Lande von 160 Millionen Einwohnern treiben könne, ohne zu ihm in geregelte Beziehungen zu treten. Auch die amerikanische Bourgeoisie müsse begreifen lernen, daß eine ablehnende Haltung Amerikas keine Dollars eingeinge. Die beiden Länder würden sich im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens verstündigen, besonders in bezug auf diejenigen Länder, die mit Waffengewalt gegen

Russland vorzugehen drohten. Das Blatt der Roten Armee, „Krasnaja Swesda“, schreibt, daß sich der Telegrammwechsel zwischen Roosevelt und Kalinin auch auf die Lage im Fernen Osten auswirken werde.

Was Japan dazu sagt . . .

Nach einer Meldung aus Tokio hat der japanische Außenminister im Zusammenhang mit der beabsichtigten Konferenz zwischen Roosevelt und Kalinin folgende Erklärung abgegeben:

Ich verstehe die Tatsache der Einladung Litwinows nach Washington, zweifle jedoch, daß die dort geführten Gespräche zu einer Anerkennung der Sowjets durch Amerika führen werden. Die Washingtoner Konferenz wird zweifellos zeigen, ob eine Zusammenarbeit zwischen einem rein kapitalistischen Volke und dem einzigen kommunistischen Staat der Welt möglich ist. (Das ist schon durch andere Staatsverträge mit den Sowjets erwiesen. D. R.) Wird diese Frage bejaht, so wird dies ein Beweis dafür sein, daß der Kommunismus ungefährlich ist. Die sowjetrussisch-amerikanische Annäherung wird also eines der größten Experimente in der Geschichte der Menschheit sein. Die Entwicklung der Ereignisse nach dieser Richtung hin wird Japan mit dem größten Interesse verfolgen. Einen schweren Irrtum würden aber diejenigen begehen, die die Ansicht vertreten, daß eine Annäherung der beiden Länder einen Einfluß auf die Lage Japans im Fernen Osten ausüben könnte.

Der englische Standpunkt

Die englische Presse beschäftigt sich ausführlich mit dem letzten Schritt des Präsidenten Roosevelt. Die „Sunday Times“ geben zu, daß die Aktion Roosevelts eine große Bedeutung für die Probleme des Fernen Ostens beste und weisen dabei (in volliger Überschätzung der Einflussmöglichkeiten des Bündnis!) auf die Schwierigkeiten hin, denen Japan im Jahre 1935 gegenüberstehen werde, wenn der Austritt Japans aus dem Bündnis Rechtskraft erlangt und die Frage des japanischen Mandats über die Südsee-Inseln auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Bis zu dieser Zeit werde auch der zweite sowjetrussische Fünfjahresplan abgeschlossen und Russland stärker sein. Die Japanische Regierung werde sich also auf alle Eventualitäten vorbereiten, und hieraus erkläre es sich, weshalb Amerika und die Sowjets einander näher treten wollen. Von den vier Großmächten, die sich für die Lage im Fernen Osten interessieren, befinden sich gegenwärtig drei außerhalb des Bündnisses, oder haben ihre Mitgliedschaft gekündigt. Unter diesen Bedingungen könne man nicht auf Europa als die augenblicklich einzige Quelle der Gefahr in der Welt hinweisen. Der „Observer“ bezeichnet den Schritt Roosevelts als eines der bedeutendsten außenpolitischen Ereignisse seit dem Krieg und schätzt es als einen positiven Faktor ein. In ihrer Russenpolitik habe die Britische Presse seit dem Krieg und schätzt es als einen von Washington gewählten Weg zu beschreiben und freundliche Beziehungen mit Moskau anzuknüpfen. Die Regierung, die 16 Jahre lang bestand, sei nicht die einzige

Republik Polen.

Für „Nieder mit Hitler“ verurteilt.

Wie wir bereits gemeldet hatten, wurden vor einigen Tagen in Warschau an verschiedenen Häusern des Judenviertels wie auch an einigen Querstraßen der Marszałkowska Aufführungen in jüdischer und polnischer Sprache des Inhalts „Nieder mit Hitler! Tod dem Hitler!“ angebracht. Als Täter wurden vier junge Männer jüdischer Abstammung ermittelt. Das Starosteigericht verurteilte jeden von ihnen zu 7 Tagen bedingungsloser Haft.

Die verschollene „Antwort an Trevaranus“

Wir lesen in der Katowitzer „Polonia“:

Die großpolnische Presse berichtet eine interessante An-gelegenheit: „Was geschah mit den Summen, die von der Öffentlichkeit für das Unterseeboot „Antwort an Trevaranus“ gesammelt wurden?“

Das ist bereits der zweite Fonds, von dem man nicht weiß, was mit ihm geschehen ist. Der erste war der „Fonds des Komitees für die nationale Flotte“ in einer Höhe von 300 000 Złoty.

Solche unaufgeklärten Angelegenheiten haben zur Folge, daß die Opferbereitschaft der Öffentlichkeit immer geringer wird. Und an sie appelliert man nicht nur einmal!

Polnisch-lettische Presse-Entente.

Polnische Journalisten trafen dieser Tage in Riga ein. Vertreter des lettischen Pressevereins waren den Gästen bis zur Grenze entgegengefahren, und zum Empfang auf dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Mitglieder der Rigaer Berufssvereinigungen der Presse, sowie Vertreter des Außenministeriums eingefunden. Die polnischen Gäste besichtigten dann die Stadt und machten dem Außenminister einen Besuch. Ihnen zu Ehren veranstaltete das Außenministerium ein Frühstück im Hotel de Roma. Dann folgte die Unterzeichnung des Abkommens über eine lettisch-polnische Presse-Entente. Dieses Abkommen ist eine Art Freundschaftsvertrag. Es verpflichtet sich die Vertragspartner, keine ungeprüften Nachrichten über den anderen Staat zu veröffentlichen und nach Möglichkeit Angriffe auf die Gegenseite zu vermeiden.

Aus anderen Ländern.

Der Staatspräsident von Ecuador abgesetzt.

Der Senat der südamerikanischen Republik Ecuador hat mit 19 gegen 4 Stimmen beschlossen, den Posten des Staatspräsidenten als vakant zu erklären. Er begründet seinen Beschuß damit, daß er den im November vorigen Jahres von der Radikalen Partei gewählten Präsidenten Dr. Diós Martínez Mera als einen Verbrecher bezeichnet. Als Nachfolger Meras wird Montalvo genannt.

Scheidung im italienischen Königshaus?

Gerüchte, die bereits seit Jahren in den Kreisen des belgischen Adels zirkulierten, finden nun auch in der Presse einen Widerhall. Die Ehe der Tochter König Alberts, Marie-José, mit dem italienischen Thronfolger Umberto soll angeblich jetzt vom Papst gelöst werden. Wie ein berühmter Gynäkologe kürzlich festgestellt haben soll, wird die Kronprinzessin nicht auf Kindesegen rechnen können. Da Kronprinz Umberto der einzige Sohn des italienischen Königsparcs ist, so wäre die Frage der Thronfolge aufs höchste gefährdet. Der kürzlich erfolgte Besuch des belgischen Premierministers, des Grafen de Broqueville, sowie des Finanzministers Jaspas beim Papst soll in engem Zusammenhang mit den Vorgängen am Königshof gestanden haben. Auch die wiederholten Reisen König Alberts von Belgien nach Italien, bei denen er *infogno* mit seiner Tochter zusammentraf, werden von der belgischen Presse mit den Fragen der Dynastie in Verbindung gebracht.

Schiemann legt sein Mandat nieder.

Aus Riga wird gemeldet:

Der bisherige politische Führer der Deutschen Lettlands, der Abgeordnete Dr. Paul Schiemann, der seit längerer Zeit an einem Lungenerkrankung erkrankt ist, befindet zurzeit der Schonung und hat sein Mandat im lettändischen Landtag bis zum Ende der Wahlperiode niedergelegt, da er den Winter im Süden zubringen muß. Auch der langjährige deutsche Abgeordnete Baron Wilhelm Firsche ist lungenkrank und nicht imstande, sein Amt weiter auszuüben. In Stelle der Erkrankten treten als Ersatzmänner der frühere Chef des deutschen Bildungswesens in Lettland, Dr. Karl Keller, und der Rigaer Rechtsanwalt Helmuth Stegmann, so daß die Zahl der deutschen Abgeordneten im Landtag sich nicht verringert.

Dankgottesdienste der estnischen Freiheitskämpfer.

In der Dom- und Johanniskirche in Reval fanden aus Anlaß des Ergebnisses der Volksabstimmung und des Sieges des Verfassungsreform-Projektes der Freiheitskämpfer Dankgottesdienste statt, die außerordentlich stark besucht waren. Es fiel auf, daß hierbei zahlreiche Führer und Anhänger der Freiheitsbewegung nach Schluß der Predigt zum Tisch des Herrn gingen.

In der Domkirche kam es nach Schluß des Gottesdienstes zu einem Zwischenfall, der jedoch glücklicherweise keine ernsten Folgen hatte. Während die Menge aus dem Gotteshaus drängte, wurden in der Kirche von unbekannter Hand Kanäle verstreut. Die Menge ließ sich jedoch durch die Detonation nicht auf der Baffung bringen, so daß keine Panik entstand.

Macdonald lernt deutsch.

Wie „Evening Standard“ meldet, beschäftigt sich Ministerpräsident Macdonald seit einiger Zeit mit dem Studium der deutschen Sprache. Er nimmt seit drei Monaten täglich eine deutsche Stunde und soll in dieser Zeit schon bemerkenswerte Fortschritte gemacht haben. Wie das Blatt weiter erklärt, betreibt Macdonald das Studium als Erholung von seiner politischen Tätigkeit, wobei er sich Mussolini zum Vorbild genommen haben soll.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. Oktober 1933.

Kralau - 2,15, Jawischot + 1,84, Warischau + 1,84, Błotc + 1,64, Thorn + 2,44, Jordon + 2,63, Culm + 2,62, Graudenz + 2,85, Kurzbrück + 2,80, Niedel + 2,19, Dirschau + 1,90, Einlage + 2,34, Schlesienhorst + 2,40.

„vollzogene Tatsache“, die in diesem Falle der Anerkennung unterliegt. Die ganze Welt habe sich im Laufe dieser 16 Jahre geändert. In den gegenwärtigen Verhältnissen besitzt Moskau ein bedeutes spezifisches Gewicht. Sowohl im Fernen Osten als auch in Europa bedeute die Stimme Russlands sehr viel. Die Annäherung Russlands an Polen, Frankreich und jetzt auch an die Vereinigten Staaten von Amerika, sei ein wichtiger Faktor im diplomatischen Stil und stelle für den Frieden eine kolossale Kraft (?) dar. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Britische Regierung nichts unterlassen werde, um zur Stärkung dieser Kraft beizutragen.

Der Eindruck in Deutschland.

In den Leitartikeln der reichsdeutschen Presse, die sich mit der angebahnten englisch-russischen Annäherung beschäftigen, wird betont, daß Deutschland durch das Traktat in Rapallo Sowjetrußland den Weg zu weiteren Erfolgen auf internationalem Gebiet geebnet habe. Eine Verständigung zwischen Amerika und den Sowjets schließt den Gesamtkomplex der im letzten Jahre durch die Sowjetunion mit einer ganzen Reihe von Staaten abgeschlossenen internationalen Abkommen ab, die sich aus dem Bestreben des Sowjetverbandes ergeben, seine Position im Fernen Osten zu stärken. Eine nicht mindere Rolle habe bei dem Willen zu einer Annäherung zwischen Amerika und der Sowjetunion der Wunsch gespielt, in Anbetracht der schwierigen inneren Lage der beiden Mächte Erfolge in der Außenpolitik zu buchen.

Stalin vor der Entscheidung.

In dem Bestreben, Deutschland in Schwierigkeiten zu bringen, wo immer dies nur möglich ist, verfallen die ausländischen Gistküchen bisweilen auf recht merkwürdige Rezepte. So meldet z. B. Reuter und zwar bezeichnenderweise aus Paris, aus Moskau werde bekannt, daß Deutschland alle deutschen Ingenieure in Russland und auch die übrigen deutschen Staatsangehörigen, die als Meister oder Vorarbeiter in russischen industriellen Werken tätig seien, plötzlich zurückberufen habe, eine Entscheidung, die Stalin

Hitler sprach in der Freiheitshalle.

In Kehlheim bei Regensburg fand am Sonntag die Feier der Enthüllung der neuen Reichswappen in der Freiheitshalle statt, die im Jahre 1863 zur Erinnerung an den Sieg über Napoleon errichtet wurde. An dem Festsaal nahm Reichskanzler Hitler in Begleitung des Stabschefs Röhm und des Reichstatthalters von Epp teil. Stabschef Röhm begrüßte den Führer als den Schöpfer der nationalen Einheit. In einer Rede an die versammelten Sturmabteilungen erklärte dann Reichskanzler Hitler u. a.: daß die Sturmabteilungen für sich das Recht in Anspruch nehmen könnten, die elementaren Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. „Die Welt hat sich“, so sagte der Kanzler, „daran gewöhnt, daß deutsche Volk falsch einzuschätzen, indem sie sein Regiment mit den schwachen Regierungen der Vergangenheit identifiziert. Wir sind uns darüber klar, daß es nicht leicht sein wird, der Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk nichts gemeinsam hat mit denen, die kein Ehrengeschäft zeigten. Das deutsche Volk ist nicht blutgierig, im Gegenteil: es liebt den Frieden und kämpft um seine Lebensrechte, indem es die Existenzbedingungen für ein 65-Millionen-Volk fordert. Das deutsche Volk hat keine Ursache, einen Krieg zu wünschen, um seine Ehre und die Ehre seiner Soldaten wiederherzustellen. Unser Ziel ist es, das Volk wieder glücklich zu machen, indem wir ihm Brot geben. Deutschland will nur den Frieden, und die Welt muß verstehen, daß das ganze Volk hinter diesen Aufgaben steht.“

Sich an die versammelten SA wendend, sagte der Kanzler: „Ihr, Kameraden, seid die Garanten nicht allein der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft Deutschlands. Niemand hat mehr Recht als Ihr, in Reich und Glied vor diesem Heiligtum zu stehen. Würden die Geister der in den Kämpfen um die Freiheit Gefallenen wieder lebend werden, so würden sie ohne Zweifel in Euren Reihen stehen. Ihr Ziel ist Euer Ziel. Wir wollen das verwirklichen, was die anderen gewollt haben: ein Volk und ein Reich. Wir leben in schwierigen Zeiten; darüber müssen sich alle Deutschen klar sein. Wenn wir unser Volk ernähren wollen, so bleibt uns kein anderer Weg übrig als der, den wir uns gewählt haben. Es mußte endlich in Deutschland einer kommen, der erklärt: wir wollen den Frieden, aber wir lehnen eine Demütigung ab. Wir erklären der Welt ohne Umschweife: Wollt ihr uns in euren internationalen Konferenzen sehen und uns in eurem Völkerbunde haben, so kann dies nur dann möglich sein, wenn ihr uns als Volk anerkennt. Wir sind jederzeit bereit, Abkommen zu unterzeichnen, sofern sie für uns und für unser Rechtsgefühl tragbar sind. Wir unterzeichnen jedoch keine Abkommen, die nicht ausführbar sind. Wir werden dort nicht zu finden sein, wo dictiert wird.“

„Dieser Ort ist ein Leben des Beugniß dafür, daß wir keine Ursache haben, uns unserer Vergangenheit zu schämen. Wir wollen den Frieden, aber die Welt muß auch wissen, daß wir diese ewige Diskriminierung und Schändung unseres Volkes nicht dulden werden. Ebenso wie in dem Friedenswillen, so steht auch in der Befreiungsfest der Verteidigung der nationalen Ehre das ganze Land hinter seiner Regierung. Die Welt soll nicht meinen, daß es heute in Deutschland noch irgendeine Organisation oder irgendeine Partei als Bundesgenossen bestehen gibt, die da meinen, man könnte über die Lebensrechte und über die Ehre Deutschlands einfach zur Tagesordnung übergehen.“

Die Kundgebung fand mit einer Vereidigung der SA ihren Abschluß.

*
Reichskanzler Adolf Hitler wird am Dienstag abend um 20 Uhr im Berliner Sportpalast eine Rede halten, die durch den Deutschland-Sender übertragen werden soll.

*
Lord Lansbury fordert zur Heeresdienstverweigerung auf.

London, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Oppositionsführer Lord Lansbury forderte in einer Rede in London die jungen Leute auf, nicht in das englische Heer, die Marine oder die Luft-

vor schwerwiegende Entschlüsse stelle. Abgesehen davon, daß an dieser Meldung auch nicht ein einziges Wort wahr ist, da ja für Deutschland gar keine Veranlassung zu einem solchen Schritte vorliegt, ist sie vor allem in dem einen Punkte falsch, daß Stalin nun Entscheidungen treffen müsse, die auf Grund der Reuter-Meldung notwendigerweise Russland von Deutschland entfernen würden. Wenn Stalin überhaupt vor schwerwiegenden Entschlüssen steht, dann betreffen sie im Augenblick ein anderes und wichtigeres Gebiet als die Beziehungen zu Deutschland. Die ostasiatische Krise nimmt von Tag zu Tag an Umfang und Gefährlichkeit zu. Wird Stalin der Entscheidung ausweichen oder nicht? Einen

interessanten Beitrag zur Beantwortung dieser Frage bringt das Organ der russischen menschewistischen Emigranten in Paris, der „Sozialistische Voice“, der offensichtlich über ausgezeichnete Verbindungen mit Gefinnungsgenosse in Russland verfügt. Das Blatt verweist darauf, daß die Lage der Sowjet-Regierung heute anders gestaltet sei, als die des zaristischen vor zwanzig Jahren. Im Jahre 1904 schenkte ein Teil der russischen Bevölkerung geradezu die Niederlage herbei, um das verhasste zaristische Regime zu stürzen. Heute liegen die Dinge so, daß Stalin in einem Kriege mit Japan als Verteidiger der russischen nationalen Idee erscheint. Selbst Teile der russischen Emigranten, deren politisches Ziel bekanntlich kein anderes ist als der Sturz der Bolschewistenherrschaft, stellen sich in diesem Kampf an die Seite Stalins, der dadurch zum mindesten eine moralische Stütze erhält. Der „Sozialistische Voice“ hebt besonders hervor, daß das Bewußtsein der vaterländischen Sache damals dem Zarismus fehlte, heute aber hinter Stalin stände. So gesehen könnte allerdings Stalin den Entschluß aufbringen, durch einen Präventiv-Krieg gegen Japan die russische öffentliche Meinung hinter sich zu bringen. Trotz der Warnungen des „Temps“ an Russland und Japan wird Moskau sich über derartige Einmischungen hinwegsetzen. Gelingt es Stalin, die Volksmeinung in Russland im Sinne einer nationalen Abwehr aufzuregen, dann ist die Entscheidung, vor der er jetzt steht, ganz eindeutig. Wer weiß im übrigen, ob sie nicht bereits gefallen ist?

streitkräfte einzutreten. Er möchte im Grunde seines Herzens, daß die englischen Gewerkschaften einen Generalstreik gegen die Rüstungen ausrufen würden.

*

Englische Stimmen zu den Friedensreden Hitlers und Göbbels.

London, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des Reichskanzlers in Kehlheim wird von der englischen Presse teilweise in längeren Auszügen wiedergegeben. In der „Times“ und in anderen Zeitungen werden die Stellen hervorgehoben, in denen Hitler den Friedenswillen des deutschen Volkes betonte. „Daily Telegraph“ versucht in wahrheitswidriger Weise der Friedenskundgebung einen „militärischen Charakter“ beizumessen. Die „Daily Mail“ überschreibt ihre Meldung mit den Worten: „Hitlers Bedingungen an den Völkerbund“. Die konservative „Morningpost“ spricht von einer nachdrücklichen Friedensver sicherung des Reichskanzlers.

Auch die Rede des Reichspropagandaministers Dr. Göbbels zur Eröffnung des Wahlfeldzuges findet starke Beachtung. Die „Times“ glauben aus der Rede einen Wunsch nach internationalen Verhandlungen herauslesen zu können.

Daladier vor dem Sturz.

Paris, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die heutige Sitzung der Deputiertenkammer verläuft sehr unruhig zu werden. Man rechnet mit dem Sturz des Kabinetts.

Die französische Öffentlichkeit ist im Augenblick zu sehr mit den innerpolitischen Schwierigkeiten beschäftigt, um den Vorgängen außerhalb der Landesgrenzen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die große Rede des Führers in Kehlheim, die unter anderen Umständen eine Flut von Kommentaren der Tagesblätter ausgelöst hätte, wird daher nur kurz und – von einigen Ausnahmen abgesehen – kommentarlos in mehr oder weniger umfangreichen Auszügen wiedergegeben.

Die Antwort aus Genf.

Offizielle Erwiderung auf die deutsche Note. Im Laufe des Sonnabends hat der Generalsekretär des Bündnisbundes, der Franzose Avenol, auf die im Bündnisbundrat überreichte Note des Deutschen Reichsaußenministers, Freiherrn von Neurath, offiziell geantwortet. Die Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe die Ehre, den Eingang des Briefes zu bestätigen, den Sie an mich am 19. Oktober im Namen der Deutschen Regierung gerichtet haben und aus dem hervorgeht, daß Deutschland die Vorankündigung des Zuschlusses aus dem Bündnis gibt, der in Artikel 1 Absatz 3 des Paktes vorgesehen ist, der folgendermaßen lautet: „Jedes Bundesmitglied kann nach zweijähriger Kündigung aus dem Bündnis austreten, vorausgesetzt, daß es zu dieser Zeit alle seine internationalen Verpflichtungen, einschließlich derjenigen aus der gegenwärtigen Satzung erfüllt hat.“ Ich werde nicht versuchen, den Mitgliedern des Bündnisses unverzüglich den besagten Brief sowie die vorliegende Antwort mitzuteilen. Genehmigen Sie usw.“

Der Generalsekretär. gez. L. Avenol.“

Die Benachrichtigung an die Mitgliedsstaaten ist bereits erfolgt.

*

Untergeneralsekretär Trendelenburg zurückgetreten.

Staatssekretär Trendelenburg, der deutsche Untergeneralsekretär im Bündnis, hat gleichzeitig mit der deutschen Ausstrittserklärung dem Generalsekretär des Bündnisses seinen Rücktritt eingereicht.

Die Reichsregierung hat dem Internationalen Arbeitsamt amtlich mitgeteilt, daß Deutschland auf der am Montag beginnenden Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes weder in der Gruppe der Regierungsvertreter noch in der Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter sein werde.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. Oktober 1933.

Kralau - 2,15, Jawischot + 1,84, Warischau + 1,84, Błotc + 1,64, Thorn + 2,44, Jordon + 2,63, Culm + 2,62, Graudenz + 2,85, Kurzbrück + 2,80, Niedel + 2,19, Dirschau + 1,90, Einlage + 2,34, Schlesienhorst + 2,40.

Das Ewige in uns.

Mein ganzes Leben vergeht in Verwundern, daß es ist, wie es ist, daß ich das nicht sehe kann, was mir wesentlicher ist, als das, was ich sehe, nämlich den großen ewigen Sinn, der in allen Dingen ist. Ich laufe immer in die Schöpfung und warte mit stockendem Atem, daß ich die geheime Herrlichkeit alles Geschaffenen sehe, das Ewige in ihr, das Reich der Idee, wie Jesus es nannte: das Reich Gottes. Ich lebe im Strom des flutenden, leuchtenden Alls, in Erscheinungen, die nicht sinnlich sind, und ich fühle immer, daß Mächte und Geister mit heiligem Feuer um mich und alle Weisen tätig sind. Um destwillen, dies rätselhaft Schöne, Ewigheilige ahnend, liebe ich alles Geschaffene, als sein liebes verkleineretes Angesicht; alles Geschaffene ist mir um seinetwillen mit Kränzen behängt und mit einer rührenden Sehnsucht geschmückt, die mich zum Weinen bringt. Wenn dies Fühlen, Sehen und Leben in mir ist, wie sollte es dann nicht in Wirklichkeit und Wahrheit vorhanden sein? Wie wäre es sonst in mich hineingekommen und in so viele der höchsten Menschen? So lange ich lebe, werde ich es nicht sehen. Es ist ein kleiner Mangel meiner Augen, ein kleines Hemmnis meiner im Körper gefangenem oder zeitweilig geborgenen Seele, daß sie es nicht sieht. Im Tode wird dieser Mangel gehoben sein. — Ich sage aber mit diesem allem nichts Neues; ich rede nur von dem Fühlen und Ahnen von Millionen Menschen zu allen Seiten.

Gustav Frenssen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 23. Oktober.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung mit Nachtfrostgefahr an.

Den Bod zum Gärtner gemacht.

Auf dem Städtischen Stadion war vorübergehend der 32-jährige Arbeiter Włodzimierz Małicki beschäftigt. Am 13. September d. J., nach Schluss der Arbeit, bemerkte der Aufseher, hinter Brettern versteckt, den M. Auf seine Frage, was er hier noch zu suchen habe, erhielt er die Antwort, daß er, M. sich auf die Vater gelegt habe, um endlich den Dieben auf die Spur zu kommen, die schon des öfteren Bretter entwendet hätten. Der Aufseher lobte daraufhin den Mann und versprach ihm, falls es ihm gelänge, die Diebe festzunehmen, er dafür sorgen werde, daß man M. auch weiterhin bei den Arbeiten im Stadion beschäftige. Am nächsten Tage stellte der Aufseher fest, daß verschiedenes Handwerkzeug fehlte. Verschwunden war auch der freiwillige "Wächter". Von dem Diebstahl machte der Aufseher der Polizei Mitteilung, die bei einer bei M. vorgenommenen Revision das Handwerkzeug vorfand. M. hatte sich nun wegen dieses Diebstahls vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten, das ihn zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte.

§ Auf leichte Art sich Geld zu verschaffen versucht hatte der 40jährige Dachdecker Jan Kwiatkowski aus Thorn. Im Dezember v. J. hatte K. sich bei der Postsparkasse ein Konto von 2 Złoty angelegt. Die Zahl entfernte er dann aus dem Buch mit einer chemischen Flüssigkeit und schrieb an deren Stelle eine 100 hinein. Dann verschaffte er sich einen alten Ausweis, lebte in diesen seine Photographie hinein und unterschrieb den Ausweis mit dem Namen Jan Kamiński. Mit den beiden gefälschten Dokumenten — das Sparbuch hatte er gleichfalls auf den Namen Jan Kamiński ausstellen lassen — fuhr er dann nach Jordon und versuchte bei dem dortigen Postamt 70 Złoty abzuheben. Als er sah, daß der Postbeamte das Sparbuch einer näheren Prüfung unterzog und sich damit entfernte, ergriff K. schließlich die Flucht. Er konnte erst fest von der Polizei festgenommen werden und hatte sich nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Dokumentenfälschung und versuchten Betruges zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich im vollen Umfange zur Schuld und wurde vom Gericht zu einem Jahr Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt, bei sofortiger Verhaftung. K. hatte wegen eines gleichen Vergehens eine 5jährige Gefängnisstrafe abgesessen.

§ Einen Unfall erlitt der neunjährige Damasy Steinborn. Der Junge hatte mit anderen Altersgenossen an den Schleusen gespielt und war dann auf eine Kastanie geklettert, wo er das Gleichgewicht verlor und zur Erde stürzte. Er erlitt außer einer schweren Gehirnerschütterung innerliche Verletzungen, die seine Überführung nach dem Städtischen Krankenhaus erforderlich machten. Der Zustand des Verunglückten ist ernst. — Der 37jährige Wiktor Parazyński, hier, Chancerystraße (Grunwaldzka) 138 wohnhaft, wurde, als er mit seinem Rad die Brückenstraße entlang fuhr, von einem Motorradfahrer angeschlagen, so daß er zur Erde stürzte und allgemeine Verletzungen davontrug. Auch er fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. — Der achtjährige Marjan Lipka stürzte vom Karussell und zog sich leichtere Verletzungen zu. Nach Anlegung eines Notverbandes im Städtischen Krankenhaus wurde er wieder entlassen.

§ Einen Selbstmordversuch unternahm der 34jährige Bildhauer Bronisław Kamiński, ohne festen Wohnsitz. K., der seit längerer Zeit ohne Beschäftigung ist, sprang am Sonnabend aus Verzweiflung in der Nähe der Kaiserbrücke in die Brda. Vorübergehend gelang es jedoch, den Mann wieder dem nassen Element zu entreißen. Der Lebensmüde wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

§ Bestohlen wurde der in der Ninkauerstraße wohnhafte Altwarenhändler Josef Weyna. Am Sonnabend erschien bei Weyna einige unbekannte Männer, die vorgaben, etwas zu kaufen. Als sie sich einige Minuten später entfernten, ohne etwas gekauft zu haben, stellte W. fest, daß ihm ein Teppich im Werte von 50 Złoty gestohlen wurde.

Volksgemeinschaft — Notgemeinschaft.

Eine große Kundgebung für die Deutsche Winterhilfe

Bromberg, 23. Oktober.

In Wichterts Festzälen fand gestern nachmittag eine große Kundgebung für die Deutsche Winterhilfe statt. Die Veranstaltung war für 15 Uhr angesetzt — um 3/4 Uhr war kein Platz mehr im Saale frei. In den Gängen und den Nebenräumen standen dichtgedrängt diejenigen, die keinen Stuhl mehr gefunden hatten. Es waren über 1000 Personen, die an dieser ersten Kundgebung teilnahmen.

Gingeletter wurde die Veranstaltung durch einige Musikkstücke einer Kapelle stellungsloser Musiker und die Gesänge eines kleinen Chors junger Arbeitsloser. Sodann ergriff Hauptgeschäftsführer H. R. Wieße das Wort zu dem Thema "Volksgemeinschaft — Notgemeinschaft"; er führte u. a. aus:

Die heutige große Kundgebung erfolgt unter einer Lösung, die auch früher schon viel verkündet wurde, unter der Lösung der deutschen Winterhilfe. Seit vor einer Reihe von Jahren zum letzten Male eine öffentliche Kundgebung der deutschen Bevölkerung in Bromberg stattfand, ist vieles zusammengebrochen, was damals noch fest und unerschütterlich erschien. Diese Kundgebung muß daher auch ein ganz neues Gesicht tragen. Sie soll dazu dienen, unserem Geist freizumachen von überalterten und erfolglosen Vorstellungen, unter denen auch die Hilfe für unsere darbernden deutschen Volksgenossen bei vielen nur das wurde, was sie gerade nicht sein soll: das gönnerhafte Almosenpendeln. Es soll der Geist freigemacht werden für die einzige erfolgreiche Einstellung, daß nämlich die Winterhilfe nichts anderes als der volksgemeindene Sozialismus und damit höchste Verpflichtung unseres Volkstums ist. Deshalb ist auch die Werbung für das große Werk der deutschen Winterhilfe unter die Lösung gestellt worden: Volksgemeinschaft, das ist auch Notgemeinschaft.

Was ist die Volksgemeinschaft? Viel ist dieses Wort in den letzten Jahren gebracht worden, manchmal von echten, oft aber auch von falschen Propheten. Viele sind verzweifelt an seinem Inhalt, weil aus der Verblendung veralteter Vorstellung heraus hier und da Missbrauch getrieben wurde mit dem, was uns von der allmächtigen Schöpfungskraft als höchste irdische Sendung und Erfüllungsaufgabe in unser Blut und in unseren Geist gelegt wurde. Materialistische Verblendung mag hier viel gescheitert haben und doch beweist gerade die Gegenwart in stetiger Wiederholung, daß nicht einmal während unseres Erdenebens der Reichtum eine glücklich reichende Eigenschaft von Beständigkeit ist. Bei uns gab es in den letzten Jahren kaum noch jemanden, der etwas auf die hohe Rante legen konnte. Wenn es aber dennoch Dollar-Sparer gegeben hat, wie trostlos unsicher ist dann heute dieser Besitz, wie sinnlos der schon erlittene Verlust. Und wie glücklich würde es in diesen Fällen den Besitzer machen, wenn er sich heute sagen könnte, daß sein Besitz nicht durch das im Interesse irgend welcher Vorteile der Kapitalisten eines fremden Erbteils gesprochene Wort des Präsidenten Roosevelt zusammengeschrumpft wäre, sondern durch die Befolzung eines heiligen inneren Gebotes von Blut und Geist im Opferamt für die Volksgemeinschaft. Auch für den Klassendunkel gibt es in der Volksgemeinschaft keinen Raum. Die jungen Generationen stehen heute nicht mehr in Klassen und wollen es nie mehr tun, und wer sich von all den alten Vorurteilen nicht freimachen kann, über den rücksichtslos hinwegzuschreiten besticht uns die innere Geschäftsmäßigkeit unserer Schicksalsgemeinschaft.

Der Begriff Notgemeinschaft kann nie eine Gegenüberstellung zu dem Begriff Volksgemeinschaft bedeuten, da er nicht etwas Unabänderliches, sondern etwas durch wirtschaftliche und andere Vorgänge leicht Abänderliches ist. Heute sind wir aber tatsächlich eine Notgemeinschaft. Tausende unserer Volksgenossen hungern und frieren und leiden bitterste Not. Das ist schon jahrelang so, wir haben es alle gewußt. Könnten wir es ändern? Wenn die wenigen Reichen, die wir noch haben, selbst alles hergeben würden, so könnte die Not in unseren Reichen dennoch nicht ganz besiegt werden. Es genügt nicht mehr, daß nur diejenigen geben, die „etwas übrig haben“. Wir alle müssen unsere früheren Begriffe von klassen- oder standesgemäßem Leben ändern, wenn wir unseren Volksgenossen wirklich durchgreifend helfen wollen. Denn die Bedürfnisse mannigfacher Art hat schon alle erreicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse

E Budzyn, 22. Oktober. Heute hat die Einführung von Pfarrer Stolzenburg, welcher von Jabłonna bei Lissa hierher versetzt wurde, durch den Superintendenten Hämmerling aus Kolmar stattgefunden.

k Czarnikau (Czarnków), 22. Oktober. Am Sonntag vormittag ist der Staatspräsident in unserem Kreise eingetroffen und hat in der Obersförsterei Promno bei Neusärben Wohnung genommen. Der hohe Herr wird hier, wie alljährlich, der Jagd obliegen.

Ex Ełkin (Ecknia), 22. Oktober. Der mehrfach vorbestrafte und erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassene Arbeiter Kuzba von hier wurde bei einem Geflügelabtrieb bei dem Mühlenteicher Buszkiewicz in Karmelin ertrappt und dem Gerichtsgefängnis in Schubin zugeführt.

i Nakel (Naklo), 22. Oktober. In Łódźia, in der Nähe von Nakel, machten einige Knaben auf freiem Felde aus Reisig ein Feuer. Einer der Knaben warf eine Patrone in die Flammen, um sich an dem Knall zu erfreuen. Diese explodierte aber sofort und verletzte den Knaben schwer. Der hinzugezogene Arzt Dr. Rzadkowski verband ihn und ordnete einen Weitertransport nach dem Kreiskrankenhaus an. — Einen Unglücksfall erlitt ein Radfahrer, der abends in vollem Tempo gegen eine Barriere fuhr. Er konnte sein Rad vorher nicht mehr anhalten und fuhr in dem Augenblick, als gerade die Barriere herabgelassen wurde, in sie hinein, wobei sein Rad vollständig zertrümmerde und er sich selbst Verletzungen an Gesicht und Händen zuzog.

Auf dem letzten Wochenmarkt war ein sehr großes Angebot an Weißkohl, es wurde für die Mandel 0,70 verlangt. Es wurde weiter gezahlt: für Butter 1,60, für Eier 1,60, Enten das Pfund 0,80, Hähnchen 1,25, Tauben 1,20, Apfel und Birnen 0,20—0,45, Blumenkohl 0,20—0,50 der Kopf, Rosenkohl 0,25, Tomaten 0,15.

S Posen, 22. Oktober. Bei der Frau des Feldwebels Kratz erschien eine unbekannte Frauensperson und er-

in der ganzen Welt sind die eine Ursache. Der von gewissenlosen Helden gegen den deutschen Handel und das deutsche Gewerbe betriebene Boykott entzieht vielen noch die letzten Daseinsmöglichkeiten. Aber gerade diese große gemeinsame Not schweift uns ja alle zu der großen Notgemeinschaft zusammen. Wenn wir nicht den Mut haben, uns in unseren Betrieben auch unserer arbeitslosen Volksgenossen besonders anzunehmen, dann werden wir bald auf den Trümmern unserer Volksgemeinschaft und mit aller ihrer Werte stehen, als gerechte Strafe dafür, daß wir nicht den Mut hatten, zur rechten Zeit die wahre Wurzel des Übels zu erkennen und als Strafe dafür, daß wir es wagten, uns gegen die Gesetze der göttgegebenen Gemeinschaft des Volkes und Blutes zu versündigen.

Eins ist an der Notlage unserer deutschen Bevölkerung in Polen besonders erschütternd. Das sie in verhängnisvollem Ausmaße unsere Jugend betrifft, und damit an den stärksten Wurzeln unserer Zukunft fräßt. Unsere Jugend ist enterbt in die Gegenwart gestellt worden. Wie viele junge arbeitswillige Hände müssen Hoffnunglos ruhen, weil es keine Arbeit gibt. Wie viele jungen Augen müssen aber auch mit tiefer Verbitterung sehen, wie man sich in vielen Arbeitsstätten aus Freiheit und Angstlichkeit heraus gegen die einfachsten Gesetze der Volksverbündtheit versündigt. Diese Jugend will arbeiten, nichts als arbeiten und von ihrer Hände Werk einfach und beschieden leben, weil sie weiß, wie sichtbar es ist, arbeiten zu können, aber nicht arbeiten zu dürfen. Auf allen denen, die arbeitende Hände bei sich brauchen, ruht die ehrende Verpflichtung, es dieser Jugend zu ermöglichen, daß sie arbeitet und deutsch bleibt.

Dazu aber ist eins notwendig: daß wir nicht nur geben, was wir „übrig haben“, sondern wie auch teilen mit allen denen, die es wert sind. Daß wir opfern für die, welche die Werte unseres Volkstums in die Zukunft tragen. Denn wir wollen nicht mit den Brosamen, die von der Herren Tisch fallen, Hungernenden eine Mahlzeit geben, sondern wir wollen innerhalb des Bandes, das die Schöpfung um uns geschlagen hat, Gemeinschaft sein. Zum Nutzen unseres Volkstums, aber auch des Staates, in dem wir leben. Denn wir wissen, daß eine solche Gemeinschaft dem Staate willkommen sein wird, da sie ihm Bürger schafft von hohem und höchstem ethischen Wert.

Unter diesen Voraussetzungen muß der Inhalt der Lösung der deutschen Winterhilfe dennoch ein neuer sein. Ihr Inhalt muß ein jugendfrischer werden, abgewandt von den kümmerlichen Zahlen ewig kreisender Sammellisten — auch diese Sammellisten sind notwendig, aber nur als Eigenmittel — abgewandt von dem Charakter eines gelegentlichen Interesses bestimmter Klassen, hingewandt vielmehr zu der Erweckung blutmäßiger Bindungen und Wurzeln in den ewigen Werten der Selbstlosigkeit und des Opfermuten. Nicht mehr nur Caritas oder nur Wohltätigkeit, nein vielmehr fordert die Zeitzeit von jedem, der in ihr lebt, nämlich nationales, also volksbewußten Sozialismus. Und deshalb sei bei der Eröffnung der deutschen Winterhilfe allen Deutschen in Polen zugesehen: Packt an das Werk zu unseres Volkstums, aber auch zu unseres Staates Heil!

Lang anhaltender Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. Aus einer Ecke des Saales wurde von Leuten, die dem Podzer Kultur- und Wirtschaftsbund und der Kindermann-Partei nahestehen, der Antrag gestellt, eine Aussprache zuzulassen. Schriftleiter Pankraz rief dazu, daß es sich hier nicht um deutsche Arbeitslose handele und daß dem Wunsch nicht entsprochen werden solle. Die Vortragssfolge wurde daraufhin reibungslos durchgeführt. Die Lieder der Arbeitslosen und ganz besonders das Laienspiel „Wo von die Menschen leben“ hinterließen einen starken Eindruck. Eine in der Pause durchgeführte Sammlung zugunsten der Deutschen Winterhilfe mußte leider abgebrochen werden, da die Vertreter der Polizeibehörde beanstanden, daß eine besondere Genehmigung für eine solche Sammlung zwar beantragt aber noch nicht erteilt worden sei. Hauptgeschäftsführer Wieße gab das in einem Schlußwort bekannt, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anwesenden direkt der Deutschen Winterhilfe zukommen lassen werden, was ihnen ihr Gewissen befiehlt.

klärte ihr, sie sei von ihrem, der Frau Kratz, Manne geschickt, um 50 Złoty abzuholen. Nach längerem Zögern händigte sie ihr 30 Złoty aus, um bei der Rückkehr ihres Mannes zu erfahren, daß sie einer Schwindlerin zum Opfer gefallen war.

Gimbacher statten in der Nacht zum Sonnabend der Firma „Bogda“, Marschall Hochstraße 78, einen Besuch ab und ließen Waren im Werte von 600 Złoty mit sich gehen.

Bei einem Zusammenstoß mit der Straßenbahn in der Glogauerstraße wurde ein Radfahrer Stanisław Śliuda schwer verletzt; sein Fahrrad ging vollständig in die Brüche.

In der Nähe des Großen Theaters geriet der 17jährige Heinrich Kazmierczak, der sich mit seinem Freunde auf dem Strandbad amherumbalzte, unter ein Auto der Firma Citroën und wurde schwer verletzt. Der Chauffeur, den an dem Unglücksfall nicht die geringste Schuld trifft, brachte den Verletzten mit seinem Auto in ärztliche Behandlung.

○ Pudewitz (Pobiedziska), 22. Oktober. Während die Frau des Landwirts Schachack in Promno-Hauland hiesigen Kreises den Arbeitern das Frühstück aufs Feld trug, war ein Dieb durchs Fenster in die Wohnung eingedrungen und stahl 70 Złoty, zwei Tischdecken, einen Herrenmantel, zwei Paar Schuhe und 20 Pfund Schafwolle. Der Schaden wird auf 200 Złoty geschätzt. Der oder die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Stroje; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sepele; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 244.

Bromberg, Dienstag den 24. Oktober 1933.

Pommerellen.

23. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Deutsche Apotheken unerwünscht.

Die hiesige Krankenkasse veröffentlicht das Folgende:
„Es wird hiermit zur Kenntnis der Versicherten gebracht, daß von den auf dem Gebiet der Versicherung befindlichen Apotheken vom 1. November d. J. ab nachstehende keine Rezepte für Rechnung der Kasse annehmen:

1. Apteka pod Koroną, Inh.: Frau Düring, in Grudenz;

2. Apteka Nadziecka, Inh.: Hempel, in Culm;

3. die Apotheke des Herrn M. Stark, in Bukowis (Bukowiec), Kreis Schwed.

Wir haben zu dem Fall mit Bezug auf die Culmer Apotheke bereits Stellung genommen. Zugegeben muß werden: Die Krankenkasse in Grudenz weiß sich recht diplomatisch auszudrücken. Also, die drei genannten Apotheken „nehmen vom 1. 11. ab für Rechnung der Kasse keine Rezepte mehr an“. Und dabei soll es doch zweifellos heißen, daß diesen Apotheken das Recht, für die Krankenkasse Rezepte entgegenzunehmen und gegen Kassenbezahlung auszuführen, entzogen worden ist. Es handelt sich hier um Apotheken mit deutscher zimmermänniger Inhabern. Man schüttelt den Kopf und fragt sich: Wie ist dergleichen nur möglich, zumal in einer Zeit, in der darüber, in Deutschland, und erst recht in Danzig alles vermieden wird, was auf eine ungleiche Behandlung der Unterschicht hinweisen könnte. Der doch so erwünschten gegenseitigen Annäherung dienen solche Maßnahmen wie die hier mitgeteilte wahrscheinlich nicht. *

X Grandenzer Postverkehr im September d. J. Auf dem hiesigen Postamt wurde im vergessenen Monat aufgegeben: gewöhnliche Briefe 512 160, eingeschriebene Briefe 12 660, Wertbriefe 244, gewöhnliche Pakete 3393, Wertpakete 302, Nachnahmesendungen 320, Postaufträge 180, gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen 6569 über 456 828 Złoty, Zeitungen und Zeitschriften 1 537 520, Telegramme 2460; es trafen ein: gewöhnliche Briefe 316 140, eingeschriebene Briefe 12 680, Wertbriefe 280, gewöhnliche Pakete 6076, Wertpakete 872, Nachnahmesendungen 1877, Postaufträge 179, gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen 8978 über 468 688 Złoty, Zeitungen und Zeitschriften 67 535, Telegramme 1950. Ein- und Auszahlungen auf Postscheck waren 15 672 über 2 674 521 Złoty zu verzeichnen. An Telephongesprächen (örtlichen und auswärtigen) gab es 442 317. *

X Um sein Fahrrad bestohlen wurde Josef Neumann, Kasernenstraße (Kościelna) 22. Das Rad, das einen Wert von 90 Złoty hat, stand vor der Kaserne des 15. Feldart.-Regts.. Alojzy Komorowski, Gartenstraße (Ogrodowa) 8, haben Spitzbuben 3 Kaninchen aus dem Courbierestraße (Kościuszki) 17/18 befindlichen Stalle entwendet und dadurch einen Verlust von 18 Złoty zugefügt. *

X Die Beschuldigung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt führte drei hiesige Personen, Waclaw Sobierajski nebst Sohn Czesław sowie einen gewissen Szaldynajdis auf die Anklagebank des Bezirksgerichts. Die drei verkauften im August d. J. während der Unwesenheit des Zirkus Stanienski auf dem Platz an der Piłsudski-Straße Schokolade und Zuckerwaren. Dazu wurde ein Apparat ähnlich wie derjenige der Firma „Suchard“ benutzt, bei dem man für 25 Groschen eine Tafel Schokolade oder eine Schachtel Bonbons, abhängig von der Farbe der herausgedrehten Kugel, erhält. Der Polizeibeamte Lukoski hielt die Benutzung des Apparates für eine nicht statthaft Vortäte und verbot seine Anwendung. Das rief begreiflicherweise bei den Angeklagten Missstimmung hervor. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen Verlauf der Beamte Sobierajski festnahm. Dieser sträubte sich energisch. Mit Hilfe anderer Polizisten wurden dann sowohl er und sein Sohn wie sein Genosse Szaldynajdis zum Kommissariat geführt. In der Verhandlung sagten die Zeugen mehr zugunsten der Angeklagten aus. Das Gericht stützte sich in dessen auf die belastenden Bekundungen zweier Polizeibeamten und erkannte gegen Sobierajski Vater und Sohn auf je 3 Monate Arrest mit zweijähriger Bewährungsfrist. Szaldynajdis wurde freigesprochen. *

X Wegen Übersfahrens eines Kindes bei einer Motorradfahrt hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht ein Danziger Staatsbürger, namens Dittmann, zu verantworten. Der Unfall hat sich am 15. d. M. in Neu-Marsau (Nowe Marsze), Kreis Schwed., zugetragen. Das Gericht nahm die Schuld des Angeklagten für erwiesen und erkannte auf 1 Monat Arrest. *

X Wieder ein Raubfall im Landkreise Granden. In der Nacht zum 19. d. M. wurde auf die Wohnung von Frau Rozalia Bielowska auf dem Gute Schwenten (Swiete) ein räuberisches Attentat verübt, und zwar von drei Banditen. Während zwei vor dem Hause Wache hielten, drang der dritte, in einer Hand einen Browning und in der anderen eine Laterne haltend, durch ein Fenster in das Bielowskische Schlafzimmer und verlangte von der erschrockten Frau die Herausgabe ihres Geldes. Frau B. gab dem Räuber 6 Złoty und lief aus der Wohnung hinaus zu ihrer Wirtin. Während dieser Zeit durchsuchte der Bandit alle Behältnisse des Raumes und fand in einem Schrank eine Kassette mit 110 Złoty. Er eignete sich das Gefundene an und verschwand damit samt seinen Genossen. Die Polizei ist mit der Erforschung der Täter beschäftigt. *

A. Der Sonnabend-Wochenmarkt erfreute sich wieder guter Zufuhr und regen Verkehrs. Die Butter kostete 1,40 bis 1,60, Eier 1,40—1,60, Weißkäse 0,10—0,60, Tilsiterkäse 0,80—1,40; Birnen 0,20—0,40, Äpfel 0,20—0,50, Pfirsichen 0,45—0,50, Weintrauben 0,60; Tomaten 0,15; Moosbeeren 0,20; Weißkohl Bentner 1,30—1,50, Rotschößl 0,05—0,07, Blumenkohl 0,10—0,50, Spinat 0,15—0,20, Rosenkohl 0,25 bis 0,30, Mohrrüben 0,10, rote Rüben 0,10, Brüken 2 Pfund

0,15, Zwiebeln 0,10, Grünzeug Bd. 0,10, Kartoffeln Bentner 2,00—2,50, Pfund 0,08. Der Geflügelmarkt brachte reichliche Auswahl, besonders viel Enten. Diese kaufte man für 2,50 bis 3,50, Gänse 5,00—6,50, Hühner 1,80—3,50, Tauben Paar 0,80—1,00, Puten 3,50—5,00, Wildenten 1,60—1,80. Als Neuerung sah man auf dem Markt die ersten Hasen. Sie wurden mit 4,00—5,00 Złoty angeboten. Fische waren weniger gefragt. Ale kosteten 1,40, Schleie 0,80—0,90, Hechte 0,90—1,00, Wels 0,80, Rohrkarpfen 0,70—0,80, Barsche 0,80, Karauschen 0,40—0,60—0,80, große Bressen 1,00, kleine 0,80, Plötz (kleine) 3 Pfnd. 1,00, Plötz (mittlerer Sorte) 0,40—0,50, Zehren 0,60—0,70. Pilze gab es verschiedener Art zu 0,15 bis 0,30, 8 Bd. Klein erhielt man für 0,20, 1 Sack Kleinhölz 1,50, 1 Wagen Kleinhölz 5,00—8,00 Złoty; Tannengrün für 0,10, 1 Strauß Chrysanthemen 0,10—0,20. *

Thorn (Toruń).

Die neue Hochwasserwelle der Weichsel brachte im ersten Anlauf innerhalb von 24 Stunden ein Anwachsen des Wasserstandes um 1,22 Meter! Sonnabend früh zeigte die Pegeluhr einen Stand von 1,92 Meter über Normal an. Das Wasser nimmt weiterhin zu. — Aus Warschau traf Dampfer „Krakus“ ein, der später wieder zurückfuhr. Schlepper „Kordecki“ startete mit drei mit Getreide beladenen Kähnen nach Danzig. Auf der Fahrt von Danzig nach Warschau passierten Personen- und Güterdampfer „Witez“ sowie der Schlepper „Lubecki“ mit vier Kähnen. Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bzw. Danzig legten die Passagier- und Güterdampfer „Goniec“ bzw. „Stanislaw“ hier an. *

t Nach der neuen Organisation des Schulwesens in Polen besteht in Thorn, das vordem das Pommerellische Schulkuratorium in seinen Mauern hatte, nur noch ein Schulinspektorat mit Schulinspektor Tadeusz Seib an der Spitze. Dem Thorner Schulinspektorat unterstehen die Kreise Thorn, Briesen und Culm sowie die Stadt Thorn. *

t Post-Statistik. Im Monat September wurden in Thorn aufgegeben: fast 1 000 000 gewöhnliche Briefsendungen, 19 700 Einschreibendungen, 338 Wertbriefe, 4845 Pakete ohne Wertangabe, 381 Pakete mit Wertangabe, 1662 Nachnahmesendungen, 245 Postaufträge, 8775 Post- und telegraphische Geldanweisungen über insgesamt 897 000 Złoty, 17 300 Postscheck-Ein- und Auszahlungen über insgesamt 3 514 000 Złoty und 179 000 Zeitungsexemplare. In demselben Zeitraum trafen für Thorn ein: 681 000 gewöhnliche Postsendungen, 21 000 Einschreibendungen, 714 Wertbriefe, 5750 Pakete ohne Wertangabe, 620 Pakete mit Wertangabe, 2231 Nachnahmesendungen, 278 Postaufträge, 10 760 Post- und telegraphische Geldanweisungen über insgesamt 568 000 Złoty, 4028 Postscheck-Ein- und Auszahlungen über insgesamt 359 000 Złoty und 71 000 Zeitungsexemplare. — Das Telegraphen- und Fernsprechamt beförderte 2040 Telegramme von und 2518 Telegramme nach Thorn und vermittelte 404 000 Ortsgespräche sowie 14 800 Ferngespräche von und 17 300 Ferngespräche nach Thorn. *

Die Feuerwehr wurde Freitag vormittag gegen 10½ Uhr nach der Kerkienstraße (ul. Szopien) 19 gerufen. In dem Herrn Antoni Siudowski gehörenden Hause waren im Keller des Mieters Ingenieur Różański Kisten, Holz und Stroh in Brand geraten. Die Ablösung nahm etwa eine Stunde in Anspruch.

t Unbekannter Täter schlugen in der Bäckerei von Bernard Mazerki, Goßlerstraße (ul. Wybickiego) 62, eine Scheibe ein und stahlen eine Klingel sowie mehrere Brete, mit denen sie unerkannt entkamen. *

v Bandenüberfall vor dem Appellationsgericht. In Nowa Wieś, Kreis Culm, drangen in der Nacht zum 20. März d. J. drei Banditen in die Wohnung der Geschwister Bademar und verlangten mit vorgehaltene Revolvern die Herausgabe des Bargeldes. Da die Überfallenen erklärten, kein Geld im Hause zu haben, durchsuchten die Eindringlinge die ganze Wohnung und erbeuteten hierbei 10 Złoty, sowie eine Uhr und einen Ring. Als Täter wurden drei bereits mehrfach vorbestrafte Trolsch ermittelt, und zwar Felix Biza, Jan Nowakski und Wladyslaw Bojar, die das Bezirksgericht in Thorn im Juni dieses Jahres zu einem Jahr bzw. 3 und 5 Jahren Gefängnis verurteilte. Infolge der eingeleiteten Verurteilung fand jetzt eine nochmalige Verhandlung vor dem Appellationsgericht in Thorn statt, welches das erstatutinliche Urteil in vollem Umfang bestätigte. *

d Gdingen (Gdynia), 22. Oktober. Vom Auto überfahren wurde auf der Straße die 4jährige Blautenberg, die schwer verletzt wurde. Der schuldige Chauffeur wurde verhaftet.

Wegen Unterschlagung von über 10 000 Złoty hatten sich vor Gericht der Vorsteher August Błocki und der Kassierer S. Górska des Sparvereins in Schwarzu zu verantworten. Die Verhandlung ergab den Beweis ihrer Schuld. Sie wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Einen Einbruch verübten bisher unermittelte Diebe beim Besitzer K. Bieliński. Mittels Dietrichs drangen die Täter nachts in die Wohnung ein und stahlen Wäsche, Kleider und anderes im Gesamtwert von über 800 Złoty. Die kurz nach der Tat aufgenommene Verfolgung der Täter blieb erfolglos.

Berunglück ist infolge eigener Unachtsamkeit die 34jährige Köchin K. Bielińska, die am offenen Feuer mit Benzin hantierte und eine Explosion verursachte. Sie trug schwere Brandwunden davon und entging nur dank schneller Hilfe dem sicheren Tode.

n Góslershausen (Zabłonowo), 21. Oktober. Am vergangenen Sonntag wurden dem Besitzer E. Tempkin in Gr. Brudzam zwei Schafe aus dem Stall gestohlen. Die sofort eingeleitete Nachforschung mittels eines Spürhundes



In allen Apotheken erhältlich.

hatte vollen Erfolg. Die Spitzbuben wurden in Borkowis gestellt. Das Fleisch der geschlachteten Tiere wurde auf dem Felde vergraben vorgefunden und beschlagnahmt. Einer der Spitzbuben konnte festgenommen werden, wogegen sich der andere versteckt hält.

P Vandenburg (Wiechork), 22. Oktober. Im Einvernehmen mit der wojewódzchaftlichen Amtsstelle in Thorn, hat der Kreisausschuß des Kreises Zembelburg den Tierarzt Dr. Gumpert-Vandenburg (deutscher Nationalität) seines Amtes als Fleischbeschauer für den Bezirk Vandenburg entzogen und den Tierarzt Dobski-Vandenburg als Fleischbeschauer für den hiesigen Bezirk ernannt.

x Zembelburg (Sepólno), 21. Oktober. Laut neuem Eisenbahn-Fahrplan für Pommerellen sind die Abfahrtszeiten von Zembelburg: nach Konitz: 6.30, 10.27, 18.09, 16.42, 22.12; nach Vandenburg: 9.01, 13.10, 15.28, 18.23.

Dem Besitzer Reinhold Ruz in Pempersin hiesigen Kreises wurden in diesen Tagen nachts aus seinem Schuppen von dem Kutschwagen die Federn und von dem Selbstfahrer die Hinteraxe nebst Federn gestohlen. Von den Tätern fehlt z. St. jede Spur.

Auf dem letzten gut besuchten und reichlich beschilderten Wochenmarkt notierte man: Butter 1,50, Eier 1,70 bis 1,80, die Mandel, Gekartoffeln 1,80 pro Bentner, Schleie 0,90, Hechte 0,70, Enten 3—4,50, Gänse 7—8,00. Auf dem Schweinemarkt wurden Absatzkerl mit 20—25 Złoty pro Paar gehandelt.

Auf Wunsch des Deutschen Generalkonsulats Posen geben wir folgendes bekannt:

Die Preußische Regierung hat dieser Tage Verfügung getroffen, daß polnische Staatsangehörige, die sich nicht im Besitz der zur Einreise in das Reichsgebiet erforderlichen Papspapiere und Sichtvermerke befinden, gleichgültig, ob es sich um Polnisch- oder Deutschstämmige handelt, ausschließlich am Grenzübergang gehindert werden und, falls die Betreffenden in das Inland gelangt sind, nach erfolgter Bestrafung für illegalen Grenzübergang und unbefugten Aufenthalt notfalls zwangswise wieder über die Grenze zurückzuführen sind.

Es wird daher erneut auf die Gefahren und die Bestrafung hingewiesen, denen sich ein einzelner bei einem illegalen Grenzübergang in Deutschland und in Polen aussehen würde.

Graudenz.

Der Buchhandlung
Arnold Kriedte
Mickiewicza 3 — Tel. 85 — müssen Sie Ihre
Graudenzer Anzeigen

für die
Deutsche Rundschau

aufgeben.

Geschäfts-Anzeigen, Reklamen, Stellen-

Großen Bechstein-
Konzertflügel, neu-
wertig, verläuft günst.
B. Sommerfeld,
pianofab., Bndgofz.,
ul. Sniadeckich 2, 6579

in Latein, Polnisch,
besonders bei Rüdtlan-
den, erteilt fachmän-
nig, Gymnasiallehrer
Grudziadz, Rypoty neb.
Waisenh. 43, Wohng. 2

Für Konzerte
Gesellschaften und Tanz
empfiehlt sich 5829
Kapelle R. Jeske,
Mickiewicza 22, Wg. 6

Thorn.

Damenhüte in groß.
neueste Modelle, 710.

M. Doga, Młotowa 23

(gegenüber Buchmann)

Erittaföse, moderne

Anzüge — Mäntel

Pelze f. Herrn u. Dam.

Wilh. Woźny,

Lazienki 7, 7150

Der neue
Winter-Fahrplan

Posen — Pommerellen

Preis nur 1 30 Złoty

Verband nach außer-
halb gegen Vereinien-
dung von 1,20 Złoty.

Justus Wallis, Toruń.



Wenn die Blätter fallen . . .

dann kommt der Winter mit seinen langen Abenden, über die

das eine Blatt

Dir hinweghilft, das für Dich und die Deinen, die deutsche Schule, Deine Kirche, Deinen Besitz, Deine Vertretung an maßgeblicher Stelle eintritt —

die „Deutsche Rundschau in Polen“.

Bestellungen für den Monat November müssen unverzüglich vorgenommen werden. Bezugspreis 4,50 zl., ins Haus geliefert 4,80 zl., durch die Post 4,89 zl.

Der Wanderingbursche Organista.

Lokaltermin im Reichstag.

Als erster Zeuge in der Sonnabend-Verhandlung des Reichstagsbrandstifter-Prozesses wurde der Wanderingbursche Organista aus Rositz, ein Mann mit unverfälschtem sächsischen Dialekt, vernommen, der im Oktober vorigen Jahres bei Konstanz von der Lubbe mit noch einem zweiten Ge- nossen getroffen haben will.

Bei diesem Zusammentreffen kamen die drei ins Polizeigefängnis. Organista trat selbst für den Nationalsozialismus ein, während die beiden anderen für den internationalen Kommunismus waren. Aus den Reden der beiden Kommunisten ging hervor, mit welchem Fanatismus sie ihre Idee vertraten. Es wurde u. a. von

van der Lubbe gesagt:

„Deutschland hat die längste Zeit einen Reichstag gehabt.“

Wenn wir (nämlich die Kommunisten) nicht herankommen, werden wir Feuer und Schwefel regnen lassen.“

Dieser für ihn typische Umstürzlergedanke ist auch in seinem ganzen Wesen immer wieder zum Ausdruck gekommen. Es wird dann eine Gegenüberstellung des Zeugen mit dem Angeklagten von der Lubbe vorgenommen. Als van der Lubbe vorgeführt wird, sagt Organista unter allgemeiner Heiterkeit: „Das ist van der Lubbe.“

Vorsitzender: Das haben wir inzwischen auch festgestellt.

Die Heiterkeit nimmt noch zu.

Van der Lubbe steht wieder vor dem Richtertisch mit tief gesenktem Kopf. Diesmal wird der Vorsitzende Dr. Bünger gleich energisch und hat auch Erfolg. Im Gegensatz zu den langen Bemühungen der sonstigen Verhandlungstage hebt van der Lubbe diesmal schon nach etwa zehn- bis zwölfminütigem Auffordern den Kopf.

Lubbe behauptet aber, den Zeugen, dem er gegenübersteht, niemals gesehen zu haben.

Vorsitzender: Waren Sie einmal in Konstanz? Lubbe schweigt. Und erst nach vielen Versuchen sagt er: Nein.

Auf das eindringliche Befragen des Vorsitzenden antwortet er wiederum nach einiger Zeit: Kann sein.

Auf die Frage, ob er mit jemand anderem zusammen in Konstanz gewesen sei, sagt er wieder: Das weiß ich nicht.

Es ist die alte Methode, die schon seit dem ersten Tage von dem Angeklagten angewandt wird.

Van der Lubbe bestreitet, den Zeugen Organista jemals gesehen zu haben.

Da spricht dieser selbst zu ihm und erinnert ihn an gemeinsame Erlebnisse.

Organista: Nun seid mich doch mal an, Kumpel. Du mußt mich doch kennen.

Van der Lubbe bleibt bei seiner Behauptung.

In der weiteren Befragung des Zeugen kommen dann noch interessante Einzelheiten über die Unterhaltung zwischen Lubbe, seinem Wandergenossen und dem Zeugen zutage.

So hat der Wandergenosse, den der Zeuge als den „Blonden“ bezeichnet, einmal gesagt: „An den Namen van der Lubbe wirst du noch mal denken.“

Auch van der Lubbe selbst habe dann gesagt: „Ja, ja, meinen Namen werdet ihr noch oft hören.“

Der Weg des Brandstifters.

Das Gericht und die Prozeßbeteiligten begeben sich nunmehr zum Lokaltermin, der der Besichtigung des Reichstags und des Brandweges dient.

Der Lokaltermin findet an derselben Stelle statt, an der das Verbrechen verübt wurde, aber unter anderen Lichtverhältnissen. Während an dem Abend völlige Dunkelheit in den Räumen herrschte, sind die Umgänge und Säle heute taghell erleuchtet. Es ist also heute viel leichter möglich, sich zu orientieren.

Bei dem Augenscheintermin werden sämtliche Phasen der Tat, wie sie durch das Geständnis van der Lubbes festgestellt sind, außerdem die Möglichkeiten, die durch die Zeugenaussagen zur Sprache gekommen sind, noch einmal der Beurteilung unterzogen.

Lubbe selbst, der zu Beginn des Termins in der großen Wandelhalle einen anscheinend ganz mobilen Eindruck machte, verschwand im Verlauf des Lokaltermins wieder in seine Teilschlaflosigkeit, so daß ein Verhandeln mit ihm nicht möglich wurde und deshalb Kriminalkommissar Heissig die Vorgänge erklären mußte, wie sie sich nach dem Geständnis Lubbes und auf Grund der Ermittlungen feststellen ließ.

Vom Restaurant ging man eine Wendeltreppe hinab und dann über eine Nebentreppe in die Küche. Den Ausgang zur Küche versperrte eine Tür. Die Scheibe dieser Tür war eingeschlagen und ist inzwischen durch eine neue Scheibe ersetzt worden. Zum Beweise, daß diese Tür sehr schnell durchgeschlagen ist,

wurde auch hente die Fensterscheibe eingetreten,

und es war möglich, durch die Öffnung in die Küche zu gelangen. Dann schritt man nach dem Keller zu und kam an eine Stelle, wo die Ritterfiguren standen, die van der Lubbe nach seinem eigenen Geständnis Furcht eingeschüchtert haben. Dann wurde über die Haupttreppe hinaufgegangen nach dem Obergeschoß. Im Obergeschoß ist van der Lubbe durch die Wandelhalle und durch die Kuppelhalle gegangen und dann von der Kuppelhalle aus in den Plenarsaal eingetreten.

Der ganze Lokaltermin zog sich zwei Stunden lang hin. In der Verhandlung wurde jetzt eine Pause eingelegt, in der den Vertretern der Presse Gelegenheit gegeben wurde, dieselbe Besichtigung noch einmal vorzunehmen. Auch hier war Kriminalkommissar Heissig der Führer, der genau in der gleichen Weise Auskunft gab, wie er sie vorher dem Strafgericht gegeben hatte.

Kommissar Heissig zeigt an, wie Lubbe durch die Tür hinter dem Büsche zu dem hinter dem Restaurant gelegenen Anrichteraum ging, dort aus dem Wäscheschrank einen Tischknauf, dieses anzündete und mit diesem Feuerbrand die Treppe ins Erdgeschoß hinunterrannte. Am Ende dieser Treppe behinderte sich ein mit Eisenstäben vergitterte Glastür. Lubbe trat die nicht vergitterte Seitenfläche ein und kam so in die Küche. Überall versuchte er unterwegs, Brand anzuzeigen.

In der Küche steckte er sein Unterhemd in Brand, schlug mit einem Teller die Scheibe der Speisedurchgabe ein und gelangte in den Raum, der zwischen Küche und Beamtenstube liegt.

Währenddessen war Lubbe von dem Polizeibeamten und dem Zeugen Thaler von außen beobachtet worden. Man sieht in diesem Raum am Fenster noch das Loch in der Glasscheibe, das von dem Schuß durch den Polizeibeamten

herrührt. Lubbe lief weiter durch die Beamtengarderoobe, wo er

einen Stapel Handtücher anzündete,

die Treppe hinauf zu Portal II und von dort zum Wandelgang. Auch dieser Weg ist durch zahlreiche Brandspuren gezeichnet. Die Tür zum Plenarsaal gegenüber dem Denkmal war nur eingeklinkt.

Lubbe zündete die beiden Vorhänge am Eingang an. Das Feuer sprang von dort aus über auf die Telephonzelle. Mit seinem Jackett trug er dann den Brand weiter durch den Gang des Plenarsaals bis zur Bordertür. Dort fand er auf einem Pult Papier und Drucksachen aufgehäuft, die er brennend auf den Teppich des Umganges warf. Er lief dann weiter im Umgang bis zum Eingang des Plenarsaals beim Präsidententisch.

Der Blick, der sich einem von hier aus in den

ausgebraunten Plenarsaal

bietet, läßt sich kaum wiederergeben. Keine Spur von Holz oder Wandbekleidung auf den Backsteinmauern. In halber Höhe des Raumes ziehen sich rings die Eisenkonstruktionen der Galerien hin. Ganz oben unter der Kuppel sind einige Arbeiter mit Wiederherstellungsarbeiten beschäftigt.

Nach der Darstellung des Kommissars Heissig zündete Lubbe zunächst den Vorhang der Eingangstür an, lief dann zum Stenographenraum, wo er gleichfalls einen Vorhang in Brand setzte und abriß. Mit dieser Brandfackel rannte er dann quer durch den Saal zum Westausgang. Er versuchte auch dort Brand anzulegen und lief dann durch den Saal zurück, am Präsidententisch wieder vorbei zu dem Umgang. Hier fand das Feuer in den Tapeten und Vorhängen Nahrung. Als Lubbe sein ganzes brennbares Material verbraucht hatte, holte er sich vom Präsidententisch einen brennenden Vorhang und lief dann in den Bismarcksaal. Dort sieht man auf dem Boden noch deutlich die unerklärlichen Brandspuren, die nach dem Urteil der Sachverständigen von flüssigem Brennmaterial herrührten.

Damit war der Rundgang für das Gericht als auch der für die Presse beendet.

Deutschlands Kampf um Frieden und Gleichberechtigung.

Dr. Göbbels eröffnet den

Am Freitag, dem 20. Oktober, begann in Deutschland der Wahlkampf mit einer großen Kundgebung im Sportpalast. Reichsminister Dr. Göbbels hielt eine große Rede über das Thema „Deutschlands Kampf um Frieden und Gleichberechtigung“. Er führte u. a. aus:

Die politische Entwicklung, die ich in meiner Sportpalast-Rede kurz vor meiner Abreise nach Genf voraussagte, ist nun Wirklichkeit geworden.

Deutschland hat sowohl den Völkerbund als auch die Abstimmungskonferenz verlassen. (Beifall). Die Gründe, die zu diesem entscheidungsvollen Schritt führten, sind nur aus der Gesamt situation heraus zu verstehen. Ich will versuchen, sie im einzelnen darzulegen. Es geschieht das mit dem nötigen Verantwortungsgefühl und Ernst, den diese Frage erfordert. An alle Vertreter ausländischer Zeitungen richte ich daher die Bitte, die Gründe für unseren Schritt gerecht und vorurteilslos zu würdigen. (Beifall).

Hitler ist acht Monate an der Macht. Am 30. Januar ds. J. hat sich in Deutschland der historische Umbau vollzogen. Es war sich damals niemand im Unklaren darüber, daß damit eine neue Epoche der deutschen Entwicklung beginnen würde. Es handelte sich nicht um einen Kabinettsschlag, sondern um einen Systemwechsel. Es war damals selbstverständlich, daß die neuen Männer mit neuen Ideen und neuen Programmen kämen. Selbstverständlich mussten wir, bevor wir überhaupt an die Annahme dieses Programms herantreten konnten, eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen, die einfach nötig waren, um die Möglichkeit der Auseinandersetzung über die großen deutschen und europäischen Probleme zu geben. Wenn es dabei manchmal auch zu Erscheinungen kam, die nicht allzu erfreulich waren, so lag das in der Natur der Sache.

Unsere erste Aufgabe bestand darin, das Volk vom Abgrund des Bolschewismus zurückzuziehen und es ist in der Tat so,

daß im Augenblick unserer Machtübernahme das Schicksal unseres Reiches überhaupt nur noch an einem seidenen Faden hing.

Wir sind vielleicht zu spät, aber keinen Tag zu früh an die Macht gekommen. Es war wirklich eine Minute vor 12 und deshalb höchste Zeit, daß nun eine starke Hand eingriff, um dem Verfall in Deutschland Einhalt zu gebieten.

Wir sind der Überzeugung, daß die Nachwelt gerechter über uns urteilen und einmal feststellen wird, daß wir es waren, die Deutschland und damit Europa vor dem Bolschewismus bewahrten.

Man hat der nationalsozialistischen Bewegung vielfach vorgeworfen, sie verständne nur Feste zu feiern. Die Menschen, die das tun, erkennen vollkommen den Sinn unserer Zeit und die Idee, die hinter den Festen steht. Niemals hätten wir den deutschen Arbeitervolk in die Nation einbauen können, wenn nicht am 1. Mai sich die ganze Nation feierlich zu ihm bekannt hätte (Beifall). Niemals wäre die nationale Ehre unseres Volkes wieder für jedermann in Deutschland so zur Selbstverständlichkeit geworden, wenn sie nicht in Potsdam feierlich proklamiert worden wäre. (Beifall). Niemals hätte der Städter ein derart lebendiges Verständnis für die Not und für die schicksalhafte Aufgabe des Bauernkundums gewinnen können, wären Städter und Bauer nicht am 1. Oktober durch die Regierung zusammengeführt worden. (Beifall). Aber das waren ja nicht die einzigen Leistungen unserer Regierungstätigkeit. Um sie in ihrem Ausmaß gerecht würdig zu können, muß man sich vorstellen, wie das Land aussah, als wir die Macht übernahmen.

Es gab in Deutschland gar keine Autorität mehr. Die Autorität der Opposition war stärker als die der Regierung.

Hinter dem parlamentarisch-liberalen Betrieb stand als drohendes Gespenst der Bolschewismus immer und jederzeit bereit, die Dinge an sich zu reißen. Es mußte ein Mann kommen mit einer kleinen Gruppe von Freunden, auf die er sich absolut verlassen konnte, und diese

Wahlkampf im Berliner Sportpalast.

kleine Gruppe mußte nun die ganze Macht in die Hand nehmen und dann aus eigener Verantwortung handeln. Anders ging es nicht mehr. Das haben wir getan und das verantworten wir auch. Jetzt können wir in Deutschland tatsächlich von einem Autoritäts-Staat sprechen, der im Gegensatz zu autoritären Gebilden der Vergangenheit sich nicht nur auf das Volk berufen kann, sondern der vom Volk getragen wird. (Beifall).

Man hat uns viel zum Vorwurf gemacht, daß wir die Partei nach der Übernahme der Macht geschlossen haben. Das war unmöglich notwendig. Wir verwehren niemanden seine Sympathie, seine Unabhängigkeit und seine Gefolgschaftstreue zu unserem Aufbauwerk, aber die Geschichte lehrt, daß große und starke Staaten immer nur von Minderheiten verantwortlich getragen werden, um daß diese Minderheiten nicht nach Laune zusammengerufen werden dürfen, sondern daß nur eine im Kampf zusammengeschlossene Minderheit auch die Kraft aufbringen wird, immer und immer wieder entstehende Krisen und Gefährdungen eines Aufbauwerkes zu überwinden. Diese Kraft haben wir aufgebracht. Wir haben mit der Intensität unserer Idee allmählich alles Denken und alles Fühlen in Deutschland magnetisch an uns herangezogen.

Man hätte es uns verzeihen müssen, wenn wir aus Anlaß der auf uns einstürmenden und in ihrer Größe fast entmutigenden Aufgabe des Alltags vorläufig den kulturellen Neubau des Reiches hätten in den Hintergrund treten lassen. Trotzdem haben wir das nicht getan, sondern wir waren der Meinung: Unser Wiederaufbau ist ein Generalplan, der sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt. Deshalb gingen wir daran, daß vollkommen darunterliegende geistige und künstlerische Leben in Deutschland wieder auf einen neuen Boden zu stellen. Wir haben alle schaffenden Menschen in Deutschland zusammengefaßt und haben sie dem Staat verpflichtet. Wir haben die sogenannte öffentliche Meinung wieder auf das Maß zurückgeführt, das sie enthalten müssen, wenn sie den Staat nicht gefährden will.

Das alles war nur Vorspiel, das eigentliche Werk ist die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Das ist überhaupt das Zentralproblem.

Wir haben auch dem Volke niemals Illusionen gemacht über die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellten. Wir hätten das gekonnt. Wir hätten zur Wahl am 5. März einfach erklären können: Wir werden in kürzester Frist alle Probleme lösen! Das haben wir nicht getan, sondern wir haben von vornherein gesagt, daß wir mindestens vier Jahre brauchen würden. Nun sind acht Monate vergangen und bereits ein Drittel unserer Arbeitslosen sind wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt. (Beifall).

Wenn früher ein schwerer Winter drohte, dann tat die Regierung nichts anderes, als diesen Winter zu prophezeien. (Heiterkeit). Wir haben eine Summe von 500 Millionen Mark seitens der Regierung eingesetzt. Diese 500 Millionen Mark ziehen etwa 2500 Millionen wieder aus dem Volk nach sich und mit diesen 2500 Millionen werden wir die Arbeitslosenziffer in diesen Monaten mindestens halten. (Beifall). Bei beginnendem Frühling werden wir dann die Attacke gegen diese Beitragsfreiheit neu eröffnen. Daß es auf der anderen Seite des Opfermutes bedarf, verdient gar keine Betonung. Aber ich bin überzeugt, daß das, was wir für dieses Opfer eintragen, größer ist als das Opfer selbst. Wir haben alles getan, was menschlich möglich ist, und wir sind der Überzeugung, daß das Volk glücklich ist, nun seinen inneren Frieden zu haben und an die Arbeit gehen zu können. Selbstverständlich kann man noch dieses und jenes kritisieren, aber niemand weiß so gut wie wir, wo es noch überall hapert.

So weithin wir nun in der Aufklärung unserer eigenen Fehler sein dürfen, wenn wir uns selbst darüber aussprechen, so geschlossen müssen wir uns aber dagegen verwahren, daß ein anderer der nicht zu uns gehört, glaubt, unsere Fehler nicht nur kritisieren, sondern vergrößern und umfältzen zu können. Die Welt, die uns umgibt, ist anders eingerichtet als das

neue Deutsche Reich. Das neue Deutschland ist ein autoritärer Staat und die uns umgebenden Staaten sind liberal und demokratisch. Hätten die uns vorangegangenen Regierungen die Welt nicht so schamlos über uns und unser Wollen belogen, dann hätte der Schaden nicht so schlimm eintreten können.

Weil wir neu sind, sind wir unbedeckt, und weil wir unbedeckt sind, stellen wir eine Bedrohung der Bequemlichkeits-Apostel dar. (Beifall.)

Wir dürfen aber nicht Jahr für Jahr immer wieder an den Problemen vorbereiten, sondern wir müssen sie endlich einmal beim Namen nennen. Wir müssen einmal den Mut haben, sie anzufassen. (Beifall). Das ist freilich nicht gemütlich. Die Völker haben jedoch ein Anrecht darauf, daß ihre Staatsmänner sich mit den Problemen ernsthaft auseinandersetzen, auch wenn sie unbedeckt sind.

Was hat man von uns nicht alles erwartet, wenn wir an die Macht kämen. Ist auch nur ein es von alledem eingetroffen?

Wir haben der Welt nichts Böses getan. Wir hatten nur die Absicht, im Inneren zu arbeiten und Deutschland eine neue Lebensbasis zu geben.

Allerdings haben wir von vorherein keine Zweifel gelassen, daß wir es nicht mehr dulden würden, daß man uns diskriminiert. (Beifall). Man darf uns nicht als zweitklassig behandeln. Tut man es doch, so haben wir zwar keine Macht, uns dagegen zu wehren, aber man soll nicht glauben, daß wir uns an einen Tisch setzen, an dem wir nur gebüdet sind. Wir gehen dann! (Stürmischer Beifall). Wie unfair ist es nun aber von der Welt, aus den Legenden und Grenzmeldeungen, die die aus Deutschland mit schlechtem Gewissen geflohenen Emigranten über uns verbreiten, nun auf unseren wahren Zustand schließen zu wollen. Die Emigranten behaupten, wir herrschten nur durch Gewalt und Terror. Sind wir nicht so legal wie überhaupt möglich an die Macht gekommen? Wir hatten doch nach dem 30. Januar die Möglichkeit, zu erklären, daß nie wieder gewählt würde. Wir haben es nicht getan. Wenn man immer sagt, ja, ihr sperrt eure politischen Gegner in die Konzentrationslager, dann frage man sich, wie wohl unsere politischen Gegner mit uns getan hätten, wenn sie zur Macht gekommen wären? (Sehr richtig! Beifall). Wenn einer von uns so den Kommunistenstaat bedroht hätte, wie heute die im Reichstagsbrandstifter-Prozeß vor den Richtern stehenden Angeklagten den nationalsozialistischen Staat haben, würde man mit unseren Angeklagten so viel Federlese gemacht haben, als leider heute mit diesen Angeklagten gemacht werden muß! (Stürmischer Beifall). Man kann schon sagen: Wir sind von einer Objektivität, die manchmal schon unverständlich wirkt. Wenn heute ein internationaler Bolschewist den Deutschen Reichstag in Brand steckt, einer, der eigentlich verdiente, daß er innerhalb 24 Stunden an der Stätte, die er in Brand gesteckt hat, aufgeknüpft würde (Starker Beifall), wenn er heute vor den Richtern steht und wie ein armes Opfer aussieht, so kann man nur sagen, unsere Geduld ist wirklich bewundernswert. Und wie haben unsere Gegner das gelohnt? Haben sie Verständnis dafür? Erkennen sie das an? Nichts davon! Im Gegenteil: sie behaupten, wir hätten den Reichstag in Brand gesteckt. Sie haben ein Phantasiemal entworfen, so grotesk und so überspannt, daß wirklich nur ein Böswilliger sich den Anschein geben kann, er glaube das. Nun stelle man sich das umgekehrt vor: Aangenommen in England würde das Parlamentsgebäude von einem ausländischen Kommunisten in Brand gesteckt. Die ausländischen Kommunisten würden vor einem englischen Gerichtshof zitiert und in Deutschland würde steif und fest behauptet, daß nicht dieser Kommunist das Parlamentsgebäude angesteckt habe, sondern ein englischer Minister. Ich möchte einmal hören, was man dazu in England wohl mit Recht sagen würde.

Ich möchte überhaupt einmal sehen, was eine andere Nation tun würde, wenn sie als zweitklassig behandelt würde. Aber uns will man als zweitklassige Nation behandeln. Es wird behauptet, wir hätten in Schweden, Holland und Dänemark Pulverfabriken. Aber wenn wir dann verlangen, daß uns Namen genannt werden, dann kann man solche nicht nennen. — Ist das fair? Ist das anständig? (Stürmische Rufe: Nein, nein!) Als wir am 30. Januar an die Macht gekommen waren, hätten wir eigentlich allen Grund gehabt, der Welt all das vorzuhalten, was sie uns in den letzten 14 Jahren angetan hat. Wir haben das nicht getan; denn wir waren der Überzeugung, daß es gar keinen Zweck hat, die alten Wunden immer wieder aufzurichten, weil schließlich und endlich Europa einmal befriedet werden mußte.

Dies ist auch ganz natürlich; denn der Führer und die von ihm Beauftragten sind selbst in ihrer Friedenspolitik frei. Der Führer konnte deshalb mit Recht sagen, er wolle nichts unversucht lassen, um Europa vor einem neuen Krieg zu bewahren.

Doch ein Frieden Opfer kostet, das wissen wir. Aber wir sind der Meinung, er koste weniger Opfer als ein Krieg. (Großer Beifall.) Wir halten es nicht für ehrenvoll, die Völker gegeneinander zu hegen. Wir halten es vielmehr für ehrenvoll, daß die Staatsmänner ihre Aufgabe darin sehen, den Völkern Werke des Friedens zu geben. (Sehr gut.)

Nun wird mir immer von Seiten der Franzosen als auch von "wohlmeinenden" Deutschen entgegengehalten, daß sei schwer, das sei unmöglich, das gehe nicht. Das ist schwer, das sei unmöglich, das gehe nicht. Das ist schwer, das sei unmöglich, das gehe nicht. Das ist schwer, das sei unmöglich, das gehe nicht. Wenn mir einer entgegenhält, es sei doch unmöglich, dann kann ich nur sagen, auch vor 10 Jahren hat man es für unmöglich gehalten, daß diese Fahne einmal die Fahne des Reiches wird. Und trotzdem ist sie es geworden! (Stürmischer Beifall.)

Man muß das Unmöglichheinende glauben, dann wird man es erst möglich machen!

(Beifall.)

Wir sind uns der Verantwortung, die wir damit tragen, vollaus bewußt. Wir wollen uns auch gar nicht etwa demütigen und etwa eine Politik betreiben, die dem Gegner die Möglichkeit geben kann, über uns spöttisch zu lächeln. Nein, was wir verlangen müssen, das wird auch verlangt. Über alle materiellen Fragen kann man sich unterhalten, aber nicht über die Fragen der Ehre, da sind wir unerbittlich! (Stürmischer Beifall.)

Wir haben abgerüttet

und zwar in einem solchen Maße, daß uns nicht einmal die Verteidigung möglich ist. Wir haben den Vertrag von Versailles bis zum letzten Buchstaben erfüllt. Der Vertrag von Versailles sprach in allem gegen uns. Nur in einem gab er uns eine Chance, nämlich in dem Punkte, daß die deutsche Abrüstung nur die Vorstufe zur allgemeinen Weltarrestung sein sollte.

Wie verträgt es sich nun mit dem Fairness, von dem die anderen immer so gern sprechen, wenn sie von uns alles verlangen, was gegen uns spricht und uns verweigern, was einmal ausnahmsweise für uns spricht?

Als Adolf Hitler im vergangenen Mai im Deutschen Reichstag erklärte, daß wir, wenn man uns unsere Ehre nähme und uns die Gleichberechtigung verweigere, früher oder später die Konferenz verlassen würden, dann müßte sich die Welt darüber klar sein, daß das nicht eine leere Phrase war, sondern daß hinter Hitler ein geschlossener Widerstand des gesamten deutschen Volkes stand.

Wenn man uns heute nun entgegenhält, wir würden mit unserer SA einen neuen Krieg vorbereiten, dann kann man eine solche Behauptung nur als kindisch oder lächerlich bezeichnen. Moderne Kriege werden mit modernen Waffen geführt, aber nicht mit einer Truppe, die zur Niederhaltung des Kommunismus marschiert.

Man sagt immer: Ja, ihr marschiert in Biererien, ja, sollen wir in Zehnerreihen oder in Zwanzigerreihen marschieren? (Heiterkeit.) irgendwie müssen wir marschieren. Wir sind heute das einzige Volk, das noch riesenhafte Kundgebungen veranstaltet, zu welchen anderthalb bis zwei Millionen auf einem Platz Aufführung nehmen. Bei solchen Massenversammlungen muß man doch mit Disziplin marschieren, wenn es nicht eine Panik geben soll. Ist nun aber auf dem Tempelhofer Feld auch nur ein einziges Mal von Krieg die Rede gewesen? (Nein, nein!) Ist nicht vielmehr immer nur von Frieden die Rede gewesen? (Zustimmung.) Ist auch nur in einer Proklamation der Partei oder der Regierung jemals von Revanche gesprochen worden? (Nein, nein!) Es ist immer nur von dem heiligen Ernst gesprochen worden, der uns erfüllt, von dem Willen zur Arbeit, der uns bestellt und von den großen Problemen, die wir lösen müssen. Es wäre heute für die Gegenseite bequemer, wenn man in Genf ein Abrüstungsabkommen abschließen würde, das nur gegen uns spricht, um dann in einem Jahre wieder von neuem anzufangen.

Nein, dazu sind wir zu stolz! Wir unterschreiben nur das, wovon wir auch überzeugt sind, daß wir es erfüllen können. (Nicht enden wollender Beifall.)

Wir können beispielsweise Frankreich gegenüber, wenn das Saargebiet zurückgegliedert ist, sagen, daß wir keine materiellen Forderungen mehr haben. Das ist kein unmögliches Verlangen, wo doch heute jeder weiß, daß 95 bis 98 vom Hundert der Bevölkerung des Saarlandes sich zu uns bekennen. Wenn dieses unser Verlangen erfüllt wird, dann sind wir zufriedengestellt.

Wir haben nicht die Absicht, mit Gewalt in das Regime irgend eines anderen Staates einzutreten, sondern uns genügt es, wenn sich der Nationalsozialismus in Deutschland auswirken kann. Das ist auch die Parole aller Kundgebungen der vergangenen Monate gewesen. Niemals ist von Revanche oder Krieg die Rede gewesen. Alle Kundgebungen standen vielmehr unter der Parole: Arbeit und Frieden!

Allerdings haben wir immer dabei gesagt, daß man unsere Ehre nicht anfassen, nicht versündigen dürfe, uns als zweitklassige Nation zu behandeln. Da sind wir unerbittlich.

Es hat noch niemals in Deutschland einen Staatsmann gegeben, der wie unser Führer am vergangenen Sonnabend eine so große Geste Frankreich gegenüber gemacht hat. Der Führer hat sich mit einer großen fairen Geste an Frankreich gewandt und seine Bereitschaft befunden, den Frieden Europas zu bewahren und einen neuen modus vivendi zwischen diesen beiden Ländern zu finden.

Der Welt hat für unser heroisches Erfüllen gar kein Verständnis gehabt. Die Welt hat das alles nur hingenommen, als ob es eine Selbstverständlichkeit wäre. Während wir bis zum letzten Gasmaschenknopf abgerüttet haben, hat sich ringsherum die Welt in ein Waffenslager verwandelt.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. Auf Ihr Los ist kein Gewinn gefallen. Übrigens hätten Sie sonst auch eine Benachrichtigung von der Postkasse erhalten.

Nr. 101. Ihre Hypothek fällt unzweifelhaft unter das Hypothekenmoratorium.

Nr. 100 G. Die Kosten der Zwangsversteigerung richten sich nach der Höhe des zur Versteigerung kommenden Objekts, die uns unbekannt ist. — Wenn Sie das Kapital gekündigt haben, können Sie, da der Schuldner die laufenden Hypothekenkosten nicht zahlt, trotz des Moratoriums auf Rückzahlung des Kapitals klagen. In jedem Falle können Sie die rückständigen Zinsen einklagen.

Turm 67. Vorausgesetzt, daß die Darlehen in polnischer Mark gegeben wurden, können Sie folgende Summen fordern: 1. 10,33 Mark mit 6 Prozent ab 1. Januar 1925. 2. 1,20 Mark (Zinsen scheinen nicht vereinbart gewesen zu sein). Zu 1 ist zu bemerken, daß der Schuldner nur die unverjährten Zinsen zu zahlen braucht, also im Augenblick ab 1. Januar 1929.

"Wohnung". 1. Wenn die Miete im Juni 1914: 17,50 Mark betragt, haben Sie 5 Mark zu zahlen. 2. Beträgt die tatsächlich gezahlte Miete 50 Prozent der obigen Grundmiete, zahlt der Hauswirt die Kürbeleistung (sofern nichts Gegenteiliges vereinbart ist). 3. Beträgt die tatsächlich gezahlte Miete 75 Prozent der obigen Grundmiete, zahlt der Hauswirt die Kanalgebühr (sofern nichts Gegenteiliges vereinbart ist). 4. Der Hauswirt ist verpflichtet, die Wohnung in bewohnbarem Zustand zu erhalten. Kleinere, durch die Benutzung der Wohnung nötig gewordene Reparaturen hat der Mieter zu bezahlen. Es kommt also in Ihrem Falle darauf an, welcher Art die Reparatur war, was wir natürlich nicht beurteilen können. 5. Sie können die Miete per Post schicken, müssen aber das vom Hauswirt zu zahlende Bestellgeld mitzahlen. Ob Sie Ihrer Pflicht zur Mietzahlung genügt haben, hängt von der Frage unter 4 ab. 6. Falls es sich um eine mit 5 Prozent verzinsliche Darlehenshypothek handelt und die Zinsen in den Jahren 1921—24 nicht bezahlt wurden, beträgt die Aufwertungssumme 214,29 Mark zujährig der hypothekarischen Zinsen (augenblicklich ab 1. 1. 29). 7. Die zweite Hypothek würde unter denselben Voraussetzungen auf 111,12 Mark und Zinsen aufgewertet werden. Sind die Hypothekengläubiger Reichsdeutsche, sind auch die Zinsen ab 1. 1. 25 nicht verjährt.

Frankreich hat heute mehr Kanonen als wir Maschinengewehre und mehr Maschinengewehre als wir Gewehre. Daran mag man sehen, welch ein klaffender Unterschied zwischen der Rüstung besteht, die Frankreich hat und der Rüstung, die wir besitzen.

Aber es ist fast wie eine Ironie des Schicksals gewesen, daß die Siegerstaaten uns gezwungen haben, den Vertrag von Versailles bis zum letzten Buchstaben zu erfüllen, daß sich aber nun die Auswirkungen des Vertrages in ihrem eigenen Lande bemerkbar machen. Nicht nur Deutschland ist von Unglück überzogen, sondern in der ganzen Welt sind sich wiederholende Krisen und Erschütterungen aufgetreten. Der Wahnsinn eines Friedensvertrages, der Deutschland vernichten sollte, der unerfüllbar ist, und den wir trotzdem zu erfüllen versuchten, hat nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in wirtschaftliche Katastrophen getrieben. Das ist die Wahrheit. (Großer Beifall.) Der Völkerbund hatte die Aufgabe, dieses Problem zu lösen. Wenn irgendwo, dann hätte auf diesem Boden die Möglichkeit bestehen müssen, sich hiermit auseinanderzusehen. Der Völkerbund müßte, nachdem Deutschland abgerüstet war, nun seine warnende Stimme erheben und dafür sorgen, daß mit der Abrüstung der Welt begonnen würde, um Europa für absehbare Zeit zu befrieden.

Anstatt diese Probleme zu lösen, hat der Völkerbund an den Dingen vorhergesehen. Dabei hatten die Staatsmänner nicht den Mut, die Probleme zu erkennen und sich mit ihnen verantwortungsvoll auseinanderzusehen. Natürlicherweise, anzunehmen, man könnte einem Partner vor Abschluß eines Vertrages seine Ehre wegnehmen und von ihm verlangen, daß er nun mit der Ehre, die er nicht mehr besitzt, den Vertrag ausführt. (Zustimmung.) Entweder man läßt einem Volke die Ehre, dann wird es auch seine Verpflichtungen erfüllen, oder aber man nimmt einem Volk die Ehre, und dann findet es gar nichts mehr dabei, wenn es einen Vertrag nicht erfüllt.

Das allerdings muß jeder wissen: ein Vertrag, der die Unterschrift Adolfs Hitlers trägt, trägt damit die Unterschrift des ganzen deutschen Volkes.

Nicht als wenn wir uns nicht unseres Standpunktes sicher wären, sondern um vor der Welt unseren Standpunkt erhärten zu lassen, treten wir wieder unter das Volk. Um zu beweisen, daß diese Bewegung mit ihrem Willen zum Frieden, ihrem Entschluß zur Wahrung der Gleichberechtigung nicht allein steht, sondern daß das ganze Volk die Regierung deckt, deshalb soll das deutsche Volk am 12. November sich zu dieser Politik befreuen. (Beifall.) Die Welt sagt: Wir glauben das nicht! Am 12. November wird das Volk antreten und es beweisen. (Beifall.) Wenn wir das deutsche Volk aufrufen, einen neuen Reichstag wählen zu lassen, so geschieht das, weil der alte Reichstag nicht mehr funktionfähig war. Die neuen Abgeordneten sollen sich feierlich auf die Politik des Friedens und der Ehre verpflichten. Sie sollen sich verpflichten, daß sie der Regierung keine Schwierigkeiten machen werden, wenn sie den Versuch unternimmt, auf dem Boden der gleichen Rechte einen neuen und besseren Frieden herzustellen. (Beifall.)

Nachdem wir in den letzten acht Monaten die inneren Feinde niedergeschlagen haben, müssen wir jetzt auch großzügig sein und denen, die uns in diesen acht Monaten erkannt und schäzen gelernt haben, unsere versöhnende Hand hinstrecken.

Die ganze Nation muß sich zu unserem Standpunkt befreuen; es darf nicht um eine Parteisache, sondern um eine Sache des ganzen deutschen Volkes gehen. Deshalb bitte ich Sie, glaubig und ergeben auf Hitler und seine Getreuen zu vertrauen und davon überzeugt zu sein, daß wir das Volk niemals verlassen werden, daß wir keine Unbesonnenheiten begehen, sondern klar und unerbittlich unser Weg beschreiten werden. Am 12. November darf es in Deutschland keine nennenswerte Opposition geben. Die ganze Welt soll sehen, daß an diesem Tage das ganze deutsche Volk einig ist. — Der Redner schloß mit dem Wort des Generals von Clausewitz:

"Einst wird die Nachwelt richten, und sie wird von ihrem VerdammnisUrteil die annehmen, welche dem Strom des Verfalls mutig entgegen gerungen und das Gefühl der Pflicht in ihrem eigenen Busen bewahrt haben. (Todesender Beifall.)

Rundfunk-Programm.
Mittwoch, den 25. Oktober.
Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.00: Schulschlüsse. Leben und Treiben im Spreewald. 09.45: Kindergymnastik. 10.10: Bach-Beethoven-Stunde. 11.00: Stunde der deutschen Hausfrau. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 15.00: Kinderstunde. 15.45: Die deutsche Dichterakademie: Gustav Freytag. 16.00: Konzert. 17.00: Geist und Intellekt. Ein Streitgespräch zwischen Dr. Johann v. Leers und Hans Werner v. Meyenn. 17.20: Tee-Musik. 18.05: Was uns bewegt. 18.25: Deutsch für Deutsche. 19.00: Stunde der Nation. Von Frankfurt: Deutscher Tanz. 20.00: Kernspruch. 20.05: Hochöfen, Eisen und Schloße. Eine Hörfolge aus Arbeitserzählungen. 21.15: Von Leipzig: Unterhaltungskonzert. 22.00: Nachrichten. 22.30: Funke. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—00.30: Nachtkonzert. 00.35: Konzert. 08.15: Schallplatten. 12.00 ca.: Konzert. 14.10: Eichendorff-Lieder. 15.15: Hans Schubert: Lehrer und Schüler im völkischen Staat. 15.30: Elternstunde. 16.00: Blötenfonz. 16.50: Bühnenkonzert. 17.40: Die Beuthener Sängerknaben singen Volkslieder. 18.25: Alte Kämpfer der Freiheitsbewegung berichten. 19.00: Stunde der Nation. Von Frankfurt: Deutscher Tanz. 20.00: Abendberichte. 20.05: Von Berlin: Von deutscher Seele. 22.00: Von München: Österreich. 22.20: Nachrichten. 22.45—24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Königsberg-Danzig. 06.35: Konzert. 08.15: Schallplatten. 12.00 ca.: Konzert. 14.10: Eichendorff-Lieder. 15.15: Hans Schubert: Lehrer und Schüler im völkischen Staat. 15.30: Elternstunde. 16.00: Blötenfonz. 16.50: Bühnenkonzert. 17.40: Die Beuthener Sängerknaben singen Volkslieder. 18.25: Alte Kämpfer der Freiheitsbewegung berichten. 19.00: Stunde der Nation. Von Frankfurt: Deutscher Tanz. 20.00: Abendberichte. 20.05: Von Berlin: Von deutscher Seele. 22.00: Von München: Österreich. 22.20: Nachrichten. 22.45—24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Königsberg-Danzig. 06.35: Konzert. 09.05: Schulschlüsse. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.30: Kinderschlüsse. 16.00: Konzert. 18.20: Musik für zwei Klaviere. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.10: "Guten Morgen, Herr Fischer!" Burleske. 21.20: Tanzmusik. Leipzig. 06.35: Konzert. 12.00: Konzert. 15.00: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.00: Die Welt auf Rädern. 21.15: Unterhaltungskonzert. Warschau. 12.05: Schallplatten. 12.35—13.00: Schallplatten. 15.40: Klaviervortrag. 18.20: Lieder gesungen vom Dan-Chor. 20.00: Unterhaltungsklasse. 21.00: Feuilleton. 21.20: Tanzmusik. Warschau. 12.05: Schallplatten. 12.35—13.00: Schallplatten. 15.40: Klaviervortrag. 18.20: Lieder gesungen vom Dan-Chor. 20.00: Unterhaltungsklasse. 21.15: Von Polen: Gesangskonzert. 21.35: Klaviervortrag. 22.25: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Roosevelt über das Aufbau-Programm.

Scharfe Zurückweisung der Angriffe.

Kontrollierte Dollarwährung.

Washington, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Präsident Roosevelt nahm am Sonntag abend in einer groß angelegten Rundfunkansprache, die über das ganze Land verbreitet wurde, ausführlich zu den bisherigen Aufbaumähen in einer Stellung und wendete sich scharf gegen die Kreise, die seine Politik zu durchkreuzen suchen. Roosevelt führte u. a. aus, daß die Regierung nicht jeder einzelnen Bevölkerungsschicht gleichzeitig und gleichmäßig helfen könne. Die Aufbaumahnahmen hätten jedoch bereits Erfolge gezeigt, auf die jeder stolz sein könne. Von den etwa 10 Millionen arbeitswilligen Erwerbslosen, die im März d. J. in den Vereinigten Staaten vorhanden gewesen seien, hätten vier Millionen bereits wieder Arbeit gefunden, die Vereinigten Staaten seien jetzt dabei, Stein auf Stein ihres neuen Wirtschaftsgebäudes zu errichten.

einen Tempel, der nicht den Geldwechsler und Beilern, sondern einer neuen Gerechtigkeit und einer größeren Wohlfahrt des gesamten Volkes gewidmet sei.

Roosevelt stellte nach einem Überblick über die bisherigen Maßnahmen fest, daß der augenblickliche Preis für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die übertriebenen Spekulationen im Juli d. J. zurückzuführen sei. Die amerikanischen Farmer hätten jedoch für die Ernte 1933 im Durchschnitt 33 Prozent höhere Preise erzielt, als im Jahre 1932. Der Präsident wies in diesem Zusammenhang die ungerechtfertigten Angriffe gegen seine Aufbaumahmen scharf zurück und erklärte, die Regierung habe herausgefunden, daß hinter jeder ungerechtfertigten Anschuldigung irgend ein selbstsüchtiger Grund stecke.

Zur

Währungsfrage

Übergehend, betonte Roosevelt, daß der Dollar im Augenblick zu sehr vom internationalen Handel und der Innenpolitik und den politischen Verwicklungen anderer Nationen beeinflußt sei. Die Regierung der Vereinigten Staaten müsse daher die Kontrolle des Goldwertes des Dollars selbst in feste Hände nehmen, um nicht durch Schwankungen des Dollars von ihrem Endziel, nämlich der Erhöhung der Rohstoffpreise, abgelenkt zu werden. Roosevelt gab schließlich die Errichtung einer amtlichen Goldanlaufstelle bekannt, die den An- und Verkauf von amerikanischem Gold auf dem internationalen Markt regulieren soll. Es soll hierdurch erreicht werden, den Goldwert des Dollars zu kontrollieren. Dies sei keine Übergangsmöglichkeit, sondern ein Schritt auf eine kontrollierte Dollarwährung. Die Schwierigkeiten seien „morgen noch nicht zu Ende“, aber die Regierung befände sich auf dem richtigen Wege.

Zwei Millionen Farmer streiken in U. S. A.

Washington, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die in dem Farmerverbande der Vereinigten Staaten von Nordamerika zusammengetroffenen Farmer sind in einer Zahl von fast zwei Millionen in den Streik getreten. Die Farmer wollen für die Zeit des Streikes keinerlei Nahrungsmittelversorgung nach den Städten vornehmen und weigern sich, ihren Verpflichtungen sowohl den Privatgläubigern, wie dem Staat gegenüber nachzukommen. Als Grund für diesen Schritt wird hervorgehoben, daß sich die Regierung angeblich in den letzten Wochen mehr mit der Lage der Industrie beschäftigt habe, und die Landwirtschaft in ihrer Notlage verän- dert habe. Der Katastrophal-Preistrübung für Weizen habe den eigentlichen Anlaß zu der Streikbewegung gegeben.

Kontingentverhandlungen zwischen Danzig und Polen.

Die Pressestelle des Senats teilt mit:

Die Danzig-polnischen Kontingentverhandlungen, die zum Ziele haben, eine Vereinbarung über die Höhe der Danziger Eigenkontingente herbeizuführen und die polnischen Sollkontrollen hierdurch zu befeitigen, wurden in der vergangenen Woche am Mittwoch von den beiderseitigen hierzu eingesetzten Delegationen wieder aufgenommen, am Donnerstag und Freitag vormittag fortgesetzt und am Abend und am Sonnabend zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

Die Kontingentverhandlungen, die sich eine Reihe von Wochen hinziehen, und bei denen wiederholt die polnische Delegation sich weitere Informationen aus Warschau inzwischen holen mußte, hatten ein äußerst umfangreiches Gebiet zu bewältigen. Bei der Verhandlung mußten mehr als 400 Einzelposten durchberaten werden.

Da auf beiden Seiten das Bestreben zu erkennen war, die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß im Interesse beider Teile zu bringen, gelang es, in fast allen Fällen eine Einigung zu erzielen. Am Sonnabend konnte festgestellt werden, daß von den etwa 400 Positionen in der größten Überzahl Übereinstimmung erzielt worden war, nur etwa 12 Positionen mußten noch offen gelassen werden.

Es steht zu erwarten, daß auch in diesen Positionen in kürzester Zeit eine Einigung erzielt wird. Der Führer der polnischen Delegation ist nach Warschau zurückgefahren, um dort über das Ergebnis und den vorläufigen Abschluß der Kontingentverhandlungen zu berichten.

Zoll- und Kontingentabkommen zwischen Polen und der Sowjetunion.

Das erste Zoll- und Kontingentabkommen zwischen Polen und der Sowjetunion ist durch einen in Warschau erfolgten polnisch-russischen Notwechsel zum Abschluß gelangt. Das Abkommen zeigt den Weg, auf welchem eine Fortsetzung des bisherigen Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern auch unter dem Regime des am 11. Oktober in Kraft tretenen neuen polnischen Zolltarifs gesichert werden kann, ohne daß zwischen ihnen ein formeller Handelsvertrag mit allen seinen Begleitumständen und Konsequenzen abgeschlossen wird. In diesem Abkommen gewährt Polen der Sowjetunion eine Reihe von Einfuhrkontingenten für bestimmte Mengen russischer Waren, wie Pelze (40 To.), frische Fische, einige Fischkonserven, einen kleinen Posten Krimwein und russische Tisane. Für diese Waren sind gemäß absoluten Zolljäßen ausgemacht worden, die natürlich sehr erheblich unter den Zolljäßen des neuen polnischen Zolltarifs und auch des bisherigen liegen und im allgemeinen den für diese russischen Waren bisher tatsächlich gezahlten Zolljäßen entsprechen. Das Abkommen ist nur ein einmaliges und erlischt mit dem 1. April 1934. Die russische Gegenleistung für die Kontingente besteht in den in diesem Jahre nach Polen bereits vergebenen bzw. noch zur Vergabe gelangenden Aufträgen der Warschau-russischen Handelsvertretung auf insgesamt 150 000 Tonnen Walzeneisen.

Die von der sowjetrussisch-polnischen Handelsgesellschaft „Sowpolstorg“ A.-G. geführte Warenausfuhr aus der Sowjetunion nach Polen wird durch den neuen Tarif nicht getroffen werden, da für sie bereits im Frühjahr d. J. feste, unveränderliche Zollsätze ausgemacht worden sind. Im Rahmen „Sowpolstorg“ A.-G. ist dieser Tage wieder ein neues, im ursprünglichen Umfangplan nicht vor gesehenes Geschäft mit der Sowjetunion gefästigt worden; ein Konzertum Warschauer Großhändler hat in Leningrad 1000 Tonnen Krimäpfel eingekauft, die im Oktober und November nach Polen importiert werden sollen.

Die Liquidation der Bromberger Handelskammer amtlich bekanntgegeben.

Der Ministerpräsident veröffentlichte im letzten „Dziennik Ustaw“ Nr. 81 vom 20. d. M. nunmehr die Verordnung, welche die Liquidierung der Bromberger Handelskammer vor sieht. Die Verordnung tritt mit dem 1. November d. J. in Kraft.

Bolens neue Zollbestimmungen.

Zollvorschriften, die ab 11. Oktober d. J. verpflichten.

Der neue polnische Zolltarif, der bekanntlich am 11. Oktober d. J. in Kraft getreten ist, hat für Industrie, Handel und Gewerbe eine völlig neue Situation geschaffen. Gerade die Übergangszeit häuft bezüglich der Anwendung des neuen Zolltarifs eine Menge von Schwierigkeiten auf, die im praktischen Wirtschaftsleben sicherlich zu vielen Unklarheiten und Streitfällen führen werden. Hinzu kommt, daß durch die Einführung des neuen Zolltarifs eine Reihe von früher erlassenen Verordnungen für Einfuhrverbote, Zollerleichterungen usw. einer technischen Umarbeitung unterzogen werden müssen, die jetzt als neue Zollverordnungen im „Dziennik Ustaw“ Nr. 79 vom 11. Oktober veröffentlicht worden sind. Bemerkbar sei, daß es sich in diesem Falle um keine neuen Verordnungen handelt, die neue Einfuhrverbote bringen, sondern daß die bereits früher auf Grund des alten Zolltarifs veröffentlichten Zollbestimmungen über Einfuhrverbote jetzt nur der Nominalatur des neuen Zolltarifs angepaßt worden sind. Die bisherige Form der Warenausfuhr unterliegt daher in Wirklichkeit keiner Veränderung.

Es sei hier eine kurze Zusammenstellung der vom 11. Oktober verpflichtenden Zollbestimmungen gegeben.

Der neue Zolltarif

Führt für jede Ware zwei Grundzölle auf, den Satz der Spalte I (Grundzoll I) und den um etwa 25 Prozent niedrigeren Satz der Spalte II (Grundzoll II). Außer diesen Grundzöllen sind noch zwei andere Sätze festgelegt, die Höchstsätze und die Vertragszöllsäte. Die schematische Darstellung des neuen Tarifs würde demnach wie folgt aussehen:

I Grundzoll	II Grundzoll	Vertragszölle
-------------	--------------	---------------

Die Sätze der Spalte I werden angewandt auf die Waren, die aus den Staaten stammen, mit denen Polen keinen Handelsvertrag geschlossen hat; zu diesen Staaten gehören z. B.: Albanien, Irland, Litauen, Türkei, die süd- und mittelamerikanischen Staaten, mit Ausnahme von Brasilien, u. a. m. Die Sätze der Spalte II kommen in Frage für die Waren aus den Ländern, die mit Polen einen regelrechten Handelsvertrag abgeschlossen haben oder ein Abkommen, das die Anwendung der Sätze der Spalte I teilweise oder ganzlich ausschließt: Die Sätze der Spalte II kommen mithin für sämtliche Vertragsländer, jedoch wahrscheinlich mit Ausnahme von Sowjetrußland in Frage. Vertragsländer sind zur Zeit: Ägypten, Belgien und Luxemburg, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich (einschl. Saargebiet), Griechenland, Holland, Indien, Island, Italien, Japan, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Österreich, Persien, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz und Liechtenstein, (Sowjetrußland), Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Deutschland gehört zu den Ländern, die mit Polen eine einheitliche Vereinbarung über die Nichtanwendung der Sätze der Spalte I geschlossen haben; für deutsche Waren kommen also einstweilen die niedrigeren Grundzölle der Spalte II in Frage.

Die Höchstsätze, die 200 Prozent höher sind als die Sätze der Spalte II, werden jedoch nach wie vor von vielen deutschen Waren erhoben. Die jetzt ergangene Verordnung umfaßt die höchstzollpflichtigen Waren, die bereits vor dem 11. Oktober 1933 dem Höchstzoll unterworfen waren. Der Kreis dieser Waren entspricht, historisch gesehen, dem Kreis der Einfuhrverbote, die Polen im Jahre 1925, bei Beginn des Zollkrieges mit Deutschland, über viele deutsche Waren verhängt hat. Nach dem jetzt abgeschlossenen Provisorium zwischen Deutschland und Polen soll bis zum 31. 10. 1933 keine Verschärfung in den gegenseitigen Warenaustausch vorgenommen werden. Es ist also damit zu rechnen, daß der Kreis der höchstzollpflichtigen Waren vorläufig nicht weiter ausgedehnt wird. Wie sich der Handelsverkehr mit Deutschland nach diesem Zeitpunkt entwickeln wird, steht dahin.

Die Vertragszölle werden auf Waren aus den Ländern angewandt, mit denen Polen einen Handelsvertrag abgeschlossen hat; sie sind oben im 2. Absatz aufgeführt. Die Verträge mit diesen Ländern enthalten, vom zoll-

technischen Standpunkt aus gesehen, entweder nur die sogenannte Meistbegünstigungsklausel, ohne daß besondere Vereinbarungen für die aus diesen Ländern stammenden oder in ihnen verarbeiteten Waren getroffen sind, oder es sind in den Verträgen, (wie z. B. mit Belgien, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Österreich, Perken, Rumänien, Ungarn) besondere Vereinbarungen über die Zollbelastung solcher Waren vorgesehen, die für den Export aus diesen Ländern besonders in Frage kommen. Sämtliche Verträge enthalten aber (soweit ersichtlich mit Ausnahme des Vertrages mit Sowjetrußland) die Meistbegünstigungsklausel; bei der Einfuhr von Waren der Vertragsländer werden also der niedrigste Zolltarif und die günstigste Zollbehandlung angewandt, die für die Waren irgend eines anderen Landes vorgesehen sind. So sind die Vertragsabreden, die Polen für bestimmte Waren z. B. mit Frankreich getroffen hat, ohne weiteres auch bei der Einfuhr derselben Waren aus den anderen Vertragsländern (mit Ausnahme von Sowjetrußland) anzuwenden.

Auf Grund des neuen Zolltarifs sind bisher einzelne Handelsverträge geschlossen worden, und zwar mit Österreich, Belgien und ein teilweise Vertrag mit Sowjetrußland. Der Vertrag mit der Tschechoslowakei ist seit dem 11. Oktober 1933 nicht mehr in Kraft. Polen gewährt jedoch einstweilen weiterhin für tschechische Waren die Vertragszölle.

Die neuen Handelsverträge bringen entweder stabilierte Zollsätze, d. h. Zölle, die vom neuen Zolltarif nicht betroffen worden sind, oder veränderte Zölle, die in einem bestimmten Zahlenverhältnis zu den Sätzen des autonomen Tarifs stehen. Jede Änderung des Tarifs wirkt sich demzufolge auch in diesen veränderten Zollsätzen aus.

Mit dem Augenblick, da der neue Zolltarif in Kraft gesetzt wurde, haben auch alle alten

Verordnungen über Einfuhrverbote,

Zollvergünstigungen usw. abgeändert werden müssen. Im „Dziennik Ustaw“ vom 11. Oktober ist daher eine Verordnung erschienen, die die Frage der Einfuhrverbote neu geregelt, d. h. sie den Positionen des neuen Tarifs anpaßt. Die Verordnung enthält drei Listen. In der ersten Liste sind die Waren zusammengefaßt, deren Einfuhr in den Jahren 1924 und 1925 und im Jahre 1928 verboten wurde. Die zweite Liste umfaßt die Einfuhrverbote, die am 1. Januar 1932 in Kraft traten. Die dritte Liste endlich enthält die Einfuhrverbote, die bereits 1925, d. h. mit dem Beginn des Zollkrieges, über viele deutschen Waren verhängt wurden.

Mit dem Inkrafttreten des Zolltarifs hat die Polnische Regierung ferner

drei Zollerleichterungslisten

erlassen. Die erste Liste enthält Erleichterungen für eine Reihe von Waren, die zweitens weiterer Verarbeitung in Polen eingeführt werden; die zweite Liste bringt Zollerleichterungen für Kolonialwaren, Süßfrüchte und Öl, welche im Wege der kompensationsweisen Ausfuhr erteilt werden; die dritte Liste führt eine Art Übergangszölle für mehrere Waren ein. Sämtliche Erleichterungen sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von einer Genehmigung des Finanzministeriums abhängig. Mit Wirkung vom 11. Oktober 1933 hat die Polnische Regierung auch das Gesetz über die Regelung der Zollverhältnisse vom Jahre 1924 geändert; wesentlich ist bei dieser Änderung, daß bei den Einfuhrbewilligungen der Minister für Gewerbe und Handel jetzt ermächtigt ist, besondere Bedingungen hinsichtlich der Beförderungsrichtung, des Beförderungsweges und etwa zufordernder Urkunden festzulegen, Bedingungen, die zwar schon vor dieser Änderung üblich waren, denen aber jetzt die gesetzliche Grundlage geben ist.

Eine besondere Verordnung sieht die sog. Manipulationsgebühren herab. Die Gebühren sind von 20 auf 10 v. Hundert herabgesetzt worden. Auch die Zuschlagsgebühr bei unvollständiger Warenanmeldung beträgt nicht mehr 10, sondern 5 Prozent.

Zum Schluß sei noch die Durchführungsverordnung zum neuen Zolltarif erwähnt, welche die Tarifzettel 2. Klasse abgibt, das Verzeichnis der Waren, die bei den Zollämtern 2. Klasse abgeführt werden können, u. a. bringt. Alles in allem — ein ungeheures Material.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsen vom 23. Oktober. Die Preise laufen Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in Zloty:

	Transaktionspreise:
Roggen	77 to
Mahlgerste	30 to
Hafer	20 to
Rapsküchen	15 to
Roggen	— to
Weizen	— to
Mahlgerste	— to
Hafer	— to
Buchweizen	— to
Roggenmehl 65%	— to
Weizenm. 65%	— to
Richtpreise:	
Roggen	14.25—14.50
Weizen	19.25—19.75
Braugerste	15.00—16.00
Mahlgerste	13.75—14.00
Hafer	13.50—13.75
Roggenmehl 65%	21.50—22.25
Weizenmehl	31.50—33.50
Roggenkleie	8.75—9.25
Weizentkleie	8.25—8.75
Weizentkleie grob	8.50—9.00
Raps	33.00—35.00
Winterrüben	35.00—37.00
Peluschen	12.50—13.50
Allgemeine Tendenzen: rubig.	
Roggen	565 to
Weizen	225 to
Mahlgerste	135 to
Braugerste	15 to
Roggenmehl	11 to
Weizenmehl	110 to
Bitter-Erbi.	52 to
Feld-Erbi.	— to
Noggenkleie	75 to
Weizentkleie	57 to
Raps	— to
Kartoffelflock.	— to
Transaktionspreise:	
Roggen	370 to
Richtpreise:	
Weizen, neu, z. Verm.	19.25—19.75
Roggen	14.50—14.75
Gerste 65—70 kg	13.50—13.75
Gerste 65—68 kg	13.00—13.25
Braugerste	15.75—16.75
Roggenmehl (65%)	21.25—21.50
Weizenmehl (65%)	31.50—33.50
Weizentkleie	8.70—9.20
Roggenkleie (grob)	9.50—10.00